

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beläuft vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Peltzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50.

Dienstag, den 1. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der internationale Flottenwahn.

Das internationale Wettstreiten zur See geht, auch dank der Tatsache, daß Deutschland eine Vereinbarung mit England auf Einstellung der Rüstungen schroff zurückgewiesen hat, in diesem Jahre wieder im Wahnsinnstempo weiter. Und auf die Frage, wohin das noch führen solle, kann es nur die eine Antwort geben: sicher zum finanziellen Ruin aller Staaten! In Deutschland sind wir nicht mehr weit entfernt davon. Unser neuer Marineetat für 1910 beläuft sich bekanntlich auf 330 Millionen Mark, 25 Millionen mehr als im Vorjahre, und die 171 747 874 Mark einmaliger Ausgaben sind im wesentlichen für neue Kriegsschiffe bestimmt. Auf eine Reihe von weiteren Jahren sind die Ausgaben für Schiffenbauten auch schon festgelegt. England sieht in dieser ständigen und gewaltigen Vermehrung der deutschen Kriegsschiffe ein gegen sich betriebenes Risiko, und da sein Anerkennen, gemeinsam die Rüstungen einzustellen, deutscherseits abgelehnt wurde, ist es in dieser Annahme noch bestärkt, und schließlich hat bekanntlich die englische Regierung 4 große „Dreadnoughts“ in Bau gegeben, von denen jede 40 148 893 Mk. Baukosten und 1 071 000 Mk. jährliche Unterhaltungskosten verursacht, also über 160 Millionen einmaliger Ausgaben, die noch gar nicht vom Parlament bewilligt sind. Außer diesen Dreadnoughts werden aber auch andere neue Kriegsschiffe gebaut, denn es werden ja 17 000 Mann mehr Besatzung verlangt. Gleichzeitig baut Kanada zwölf geschützte Kreuzer für 80 Millionen Mk. Und alle anderen Staaten wollen in diesem Wettlaufe nicht zurückbleiben und betreiben die Rüstungen in gleicher Weise!

Der Marineetat von Frankreich enthält gegenüber dem Vorjahre Mehrausgaben von über 30 Millionen Mark, die für neue Schiffe und Schiffskanonen gefordert werden. Eine Anzahl früher bewilligter Schiffe, darunter eine „Dreadnought“, sind im Bau. Und eine bereits im Ministerat angenommene neue Marinevorlage sieht für die Schlachtklasse 28 Panzerschiffe, 10 Aufklärungschiffe und 52 Hochseetorpedoboote vor, während für die Küstenverteidigung 94 Unterwasserboote und für ausländische Stationen 10 Schiffe bestimmt sind. Italien läßt 4 Linienfahrer, 3 Kreuzer, 12 Zerstörer, 50 Küstentorpedoboote, 11 Unterseeboote und 1 Bassinschiff für Unterseeboote bauen. Österreich-Ungarn plant, laut „Flagge“ vom Oktober 1909, die Erhöhung des Bestandes von 12 Schlachtschiffen auf 16 Einheiten durch den bis zum Jahre 1913 zu bewirkenden Bau von 4 großen Schlachtschiffen stärkster Panzerung. Ferner einen Ersatzneubau von 9 Schlachtschiffen, die Anschaffung von 4 Kreuzern und einer Anzahl Torpedofahrzeuge. Der Marineetat des kleinen Dänemarks weist für 1910 eine Erhöhung von 1 1/2 Millionen auf und beträgt nun 10 Millionen Mark, der Marineetat Hollands für 1910 steigt auf 84 232 878 Mk., das sind 1,2 Millionen mehr als im Vorjahre. Eine Anzahl neuer Schiffe soll gebaut werden. Das bankrotte Rußland hat einen Marineetat von 210,5 Millionen Mark, wovon 31,6 Millionen auf Schiffsbauten fallen. Japan bleibt natürlich nicht zurück, es baut auch Dreadnoughts, Panzerkreuzer, 3 geschützte Kreuzer und eine Anzahl Zerstörer großen Typs. Sein Marineetat für 1910 beträgt 76 Millionen Yen. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben jetzt eine Mannschaftsstärke der Flotte von 44 129 Köpfen gegen 33 027 im Jahre 1907 und abermals ist eine Anzahl neuer Schiffe im Bau. Auch Argentinien und Brasilien, Schweden und Norwegen sind in die Schraube ohne Ende hineingezogen, der Marineetat dieser Länder enthält neue und zum Teil große Fortberungen für neue Kriegsschiffe.

Das sind nur einige und unvollständige Angaben, die wir einer Übersicht in der Marine-Rundschau entnehmen, über die derzeitigen Neubauten von Kriegsschiffen. Allen anderen Ländern voran geht aber Deutschland, das die treibende Kraft ist und ja auch relativ den höchsten Marineetat hat. Milliarden werden allein für dieses Wettstreiten zur See geopfert. Und die Völker müssen dabei verbluten, wenn dem nicht Einhalt getan wird. Hat doch Deutschland in diesem Jahre wieder mit 152 1/2 Millionen neuer Schulden zu rechnen, die durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Das französische Budget für 1910 weist ein Defizit von 160 Millionen Mark auf. Und selbst das reiche England kämpft mit schweren Finanznöten, von Rußland und den anderen Staaten gar nicht zu reden. Und wie und wann soll das enden? In wenigen Jahren sind die „Dreadnoughts“, von denen eine jede 40 Millionen Mark kostet, unbrauchbar, und die Kosten der Ersatzbauten steigen ins Unermessliche!

In der Nr. 47, Jahrgang 1909, des „Zeitgeist“ meint Dr. Franz Oppenheimer in einem Aufsatz über das Friedensproblem u. a.: „Wir müssen anerkennen, daß der Zustand des bewaffneten Friedens, der Schraube ohne Ende, mit dem wahnsinnigen gegenseitigen Überbieten in Dreadnoughts und Invincibles, Zeppelinen und Aeroplanen, mit Berufsmilitarismus und Spionage et cetera, mit voller Logik aus dem gegenwärtigen Zustande der menschlichen Gesellschaft sich ergibt: aber wir müssen ebenso anerkennen, daß dieser Zustand selbst jeder Logik widerspricht. Unmöglich können sich aus rationalen Prämissen so irrationale Konsequenzen ergeben. Um Hamlet umzukehren: unser Zustand hat zwar Methode, aber er ist Wahnsinn!“ Dieser „gegenwärtige Zustand“, aus dem sich der „Wahnsinn“ ergibt, ist aber doch nichts anderes als der Herrschaftszustand, mit dessen Beseitigung auch das wahnsinnige Wettstreiten ein Ende nehmen wird. Die zunehmende Finanznot und die daraus ständig und ins Unermessliche wachsenden Steuern haben ja auch bereits in jüngster Zeit, vor allem in Deutschland, das Volk etwas aufgerüttelt und den gegenwärtigen Herrschaftszustand sehr wackelig gemacht. Nur muß das Volk jetzt auch erkennen, daß die neuen Steuern nicht vom Ungefähr kommen, sondern ihre Ursache in den stetigen Mehrausgaben für Armee und Marine haben. Es sind aber auch nicht allein die direkten Ausgaben für die Rüstungen, welche den Wohlstand des Volkes verhindern. Das Wettstreiten erzeugt auch eine Unsicherheit und läßt ständig eine Kriegsgefahr vermuten, was den internationalen Handel stört und das Wirtschaftsleben niederdrückt. Es ist aber auch klar, daß es in nicht langer Zeit zu einem blutigen Kriege kommen müßte, wenn die Rüstungen so fortgetrieben werden, die ständig neues Mißtrauen und neue Reibereien erzeugen. Die Folgen eines solchen Krieges müßten aber für alle Beteiligten geradezu furchtbar sein. Die gerechte Empörung über die neuen Steuerbelastungen wird daher auch nur einen Sinn und einen Zweck haben, wenn das Volk es bei seinen bisherigen Protesten nicht bewenden läßt, sondern nun auch mit dafür sorgen hilft, daß den Militär- und Marinefanatikern das Handwerk gelegt und dem wahnsinnigen Wettstreiten zu Land und — was jetzt ganz besonders betrieben wird — zur See, dem wahnsinnigen Dreadnought-Sport, ein Ende bereitet wird. Sonst ist ein Ende mit Schrecken sicher zu erwarten — oder ein Schrecken ohne Ende!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preussische Abgeordnetenhans

beendete Montag die zweite Lesung des Etats des Ministerium des Innern. Beim Kapitel: „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ brachte Genosse Liebknecht nochmals die Rede auf die Frankfurter Straßen demonstration und das Verhalten der Polizei. Beim Kapitel „Geheimausgaben im Interesse der Polizei“ beantragte Genosse Hirsch, die geforderten 300 000 Mk. zu streichen und die politische Geheimpolizei überhaupt abzuschaffen. Obwohl unser Redner an einer Reihe von Fällen das Unfittliche der Geheimpolizei nachwies, wurden die beiden Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller, der Freisinnigen und der Polen abgelehnt.

Endlich hielt noch am Schluß Genosse Ströbel eine längere Rede über das System der Fürsorgezuehung, das in Preußen glänzend Fiasko gemacht hat.

Wirkungen des Branntwein-Bojkotts.

Bekanntlich machen die Fuselabrikanten an jedem Hektoliter Alkohol 20 Mk. Extraprofit in Sachen der Liebesgabe. Gelingt es, das Überkontingent möglichst weit oder gar ganz einzuschränken, so verschwinden die 20 Mk. Extragewinn, die Liebesgabe existiert nicht mehr.

Recht unangenehm ist daher den Herren der sozialdemokratische Branntwein-Bojkott in die Nase gefahren. Jetzt liegen die Ergebnisse seit dem 1. Oktober 1909 bis zum 31. Januar 1910 vor. Sie sind mit vorhergegangenen Jahren in Vergleich gestellt.

	Vom 1. Okt. bis 31. Januar	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10
Erzeugung ..	1 855 318	1 871 657	2 085 688	1 708 227	
Gewerblicher Verbrauch ..	505 958	565 785	605 874	628 598	
Trinkerverbrauch ..	851 525	854 468	868 542	577 038	
Ausfuhr ..	73 080	20 618	4 128	6 878	

Während also der gewerbliche Verbrauch auch nach dem 1. Oktober 1909 weiter gestiegen ist, ist der Trinkerverbrauch um rund 28 200 Hektoliter oder um 33,3 Prozent, das ist ein volles Drittel, zurückgegangen. Ein klares Bild wird sich natürlich erst nach einem Jahre ergeben.

Auf jeden Fall zeigt die Ziffer, daß der vom Leipziger Parteitag ausgesprochene Schnapsbojkott in weitem Maße von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft durchgeführt worden ist. Immerhin kann und muß der Kampf mit noch viel größerer Energie durchgeführt werden. Treffen wir die Schnapsjunker am Geldbeutel, so haben wir sie an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen.

Wahlrechtsdemonstrationen.

Sonntag mittag demonstrierten in Berlin die „Intellektuellen“. Nach dem Zirkus Busch war eine Versammlung einberufen worden. Die Einberufung war unterschrieben von einer großen Reihe Männer, die im öffentlichen Leben einen Namen haben, Politiker, Volkswirtschaftler, Kommunal-Beamte, Angehörige des Handwerksstandes, Künstler, Juristen und Parlamentarier. Unter anderen hatten die Einberufungen unterschrieben: Prof. v. Liszt, Jastrow, Dunker, Waldener, Orth, Cauer, Rheinbacher, die Maler Stevogt und Corinth. Der Zirkus Busch war überfüllt und mußte gegen 12 Uhr mittags abgesperrt werden. Es mögen an 8-10 000 Menschen versammelt gewesen sein. Der Abschuß, der keinen Eintritt sand, sollte im Feenpalast zu einer weiteren Demonstration versammelt werden, die Polizei verweigerte aber die Genehmigung. Im Zirkus Busch leitete Professor v. Liszt die Versammlung. Als Redner waren der nationalliberale Abgeordnete Dr. Maurer, die freisinnigen Abgeordneten Wiemer und Raumann, sowie verschiedene Vertreter der Kommunalverwaltung, des Handels und der Industrie vorgesehen. Der Versammlung wurde eine Resolution vorgelesen, in der die volle Durchführung der geheimen und direkten Wahl, sowie Neueinteilung der Wahlkreise verlangt wird. Aus der Versammlung wird stürmisch verlangt, daß auch das gleiche Wahlrecht in die Forderungen der Resolution Aufnahme findet und der Vorstehende mußte sich wohl oder übel fügen. Die Resolution wurde dann einstimmig angenommen. Nach der Versammlung zogen die Massen, von der Polizei ziemlich unbelästigt, am Schlosse vorbei, wo sie Hochrufe auf das Wahlrecht ausbrachten. Den Versuch, vor das Reichskanzlerpalais zu ziehen, vereitelte die Polizei. Auch eine Ansammlung vor dem Abgeordnetenhause, die dort durch Hochrufe demonstrierte, wurde von der Polizei zerstreut.

In Frankfurt a. M. hatten sich Sozialdemokraten und Linksliberale zu einer machtvollen Kundgebung zusammengesetzt, zu der die Hundwiese vor der Stadt ausgerufen war. Circa 50 000 Menschen sammelten sich um 8 Rednertribünen, von denen aus kurze Ansprachen für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gehalten wurden. Unter den Rednern befand sich auch eine Vertreterin der Frauenstimmrechtsbewegung. Eine scharfe Resolution gegen die preussische Wahlreform und für das Reichstagswahlrecht wurde einstimmig angenommen. Nach der Versammlung zogen die Massen ruhig und unter dem Geleit von 500 von der Sozialdemokratie gestellten Ordenern durch die Stadt. Die Polizei ließ die Demonstration diesmal unbehelligt geschehen.

In Stettin kam es gestern mittag zu einer Demonstration auf dem Hauptplatz der Stadt, dem sogenannten Paradeplatz, von dem die Polizei bisher ängstlich jede Demonstration ferngehalten hatte. Mehr als 10 000 Menschen waren versammelt, die Hochrufe auf das Wahlrecht erschallen ließen und die Marschmusik anstimmten. Als die Demonstranten durch das sogenannte vornehme Stadtviertel ziehen wollten und vor der Wohnung des konservativen Abgeordneten Malkewitz demonstrierten, wurden sie von der Polizei in das Innere der Stadt zurückgedrängt. Ohne weitere Zusammenstöße ging die Demonstration auseinander.

In Augsburg demonstrierten die Bayern zugunsten der preussischen Wahlrechtsreform. Genosse Müller, München, referierte über junkerliche Staatsstreichversuche und preussische Wahlrechtsreform. Die Versammlung war eine mächtige Kundgebung gegen die preussische Reaktion.

Die demokratischen Vereine Bayerns waren in Würzburg versammelt, um über die Fusion der linksliberalen Parteien zu beraten und bezüglich der Gelegenheit, gleichfalls für eine vernünftige preussische Wahlreform zu demonstrieren.

Der Wahlrechtschacher.

Wie die Scherzpresse meldet, finden zwischen den Vertretern der konservativen und freikonservativen und der nationalliberalen Partei Verhandlungen statt, um für die zweite Kommissionsberatung der Wahlrechtsvorlage eine Einigung dieser Parteien über weitere Abänderungsanträge herbeizuführen, denen auch das Zentrum zustimmen könnte.

Ein freisinniges Blatt hat mitgeteilt, daß die Nationalliberalen in der zweiten Lesung in der Kommission den Antrag auf Einführung der direkten Wahl stellen

werden. Was dann aus dem Entwurf werden sollte, das stehe ganz beim Zentrum und den Konservativen. Dazu erklärt die „Kreuzzeitung“:

„Wir können demgegenüber nur bemerken, daß die Konservativen nach wie vor und unbekümmert durch Drohungen oder Verdächtigungen an dem Zustandekommen der Vorlage gewissenhaft und unter steter Wahrung der Staatsinteressen weiter arbeiten werden. Sie wissen sehr genau, daß sie dabei auf die Mitwirkung derjenigen Parteien, die denselben ehrlichen Willen haben, angewiesen sind, sowie daß dazu auch die Erzielung eines Einvernehmens mit der Regierung nötig ist. Unsere Partei hat hierbei vollkommen freie Hand, sie ist weder durch „geheimere“ oder durch andere Abmachungen nach irgendwelcher Richtung gebunden. Sie wird tun, was sie mit ihrem Gewissen und ihrer staatsverhaltenden Gesinnung verantworten kann.“

Wie für den Flottenverein agitiert wird.

Der erste Vorsitzende des deutschen Flottenvereins, Ortsgruppe Mey, ein Geheimer Regierungsrat Herrmann, hat an den Kaiserlichen Postdirektor Schmidt in Mey ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „In der Annahme, daß Euer Hochwohlgeboren wie im vorigen Jahre, auch dieses Jahr bereit ist, die Beiträge für den Flottenverein in Ihrem Verwaltungsbereich durch den Verwaltungsdienstleister sammeln zu lassen... wird dringend gebeten, dem Verein neue Mitglieder zu gewinnen...“ Der Postdirektor hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als das Schreiben mit der anhängenden Einzeichnungsliste in Umlauf zu setzen.

Dazu schrieb er folgende Anweisung:

Mey, 16. Februar 1910.

Zum Umlauf bei den Unterbeamten.

Da die Ziele des Flottenvereins noch lange nicht erreicht sind, wäre dem Vorstand eine rege Beteiligung sehr erwünscht.

Schmidt, P.D.

Das Zirkular des Geheimen Regierungsrates, in dem dieser vom Verwaltungsbereich spricht, und die Anweisung des Postdirektors Schmidt, die dieser in seiner Eigenschaft als Postdirektor (P.D.) unterzeichnet hat, tragen fast amtlichen Charakter. Man mißbraucht die amtliche Stellung zu den Zwecken eines politischen Vereins, während auf der andern Seite den Unterbeamten das Koalitionsrecht entzogen wird.

Eine demokratische Sezession.

Die Deutsche Volkspartei für das Königreich Bayern tagte am Sonntag in Würzburg, um zu der liberalen Fusion Stellung zu nehmen. Die Auseinandersetzungen waren ziemlich heftiger Natur, und ehe es noch zur Abstimmung darüber kam, ob der Berliner Einigungsparteitag beibehalten werden sollte, erklärten die Vertreter der demokratischen Organisationen in Nürnberg, Erlangen, Hersbruck, Fürth und Schwabach ihren Austritt aus der Partei.

Die zurückgebliebenen Delegierten sprachen sich dann für die Fusion und damit auch für die Beibehaltung des Einigungsparteitages aus.

„Juden und Polen“.

Die „Kreuzzeitung“ zählt in einem Artikel, den sie der Versammlung im Zirkus Busch widmet, die Namen der Herren auf, die zu den Einberufern der Versammlung zählten und kommt zu dem Schluß, daß Polentum und freisinniges Judentum überreichlich vertreten waren.

Am schärfsten wendet sich die „Kreuzzeitung“ gegen die Nationalliberalen, weil sie zwei ihrer Mitglieder als Redner auftreten lassen, die eine Lanze für die „heimliche Wahl“ brachen. Es wird den Nationalliberalen vorgeworfen:

„In einem Tage lamentieren sie über die Zerstörung des Blocks, durch den allein die Sozialdemokratie habe niedergehalten werden können, am anderen Tage legen sie dar, daß die Sozialdemokratie nicht künstlich niedergehalten werden dürfe, da sie sonst doppelt kräftig in die Höhe schießen werde.“

Den Beamten Gehaltszulagen — den Arbeitern Lohnabzüge.

Dieser vom meiningischen Staatsfiskus befolgte Divise hat am Freitag der Meininger Landtag einen Strich durch die Rechnung gemacht. Vor einiger Zeit wurde den Arbeitern auf den staatlichen Schieferbrücken unter Bezugnahme auf die schlechte Konjunktur ein zehnprozentiger Lohnabzug gemacht. Das hinderte die Regierung nicht, dem Landtag ein Beamtengehaltsgesetz vorzulegen, das den Beamten eine durchschnittliche Lohnerhöhung von zehn Prozent bringen soll. Und, falls alle vorliegenden Anträge genehmigt werden, die Staatskasse mit circa 500 000 Mk. belastet. Bei der am Freitag stattgefundenen Beratung des Gesetzes wiesen unsere Genossen erneut darauf hin, welche schreiende Ungerechtigkeit es sei, den ohnehin schon gering bezahlten Schieferbrückenarbeitern Abzüge zu machen, den Beamten aber Hunderttausende zuzulegen. Unsere Fraktion beantragte bei der Position „Herzogliche Schieferbrücke“ allen Beamten der Schieferbrücke nicht eher eine Gehaltszulage zu gewähren, bis der den Arbeitern gemachte Lohnabzug von zehn Prozent wieder rückgängig gemacht worden ist. Auch ein Teil der bürgerlichen Abgeordneten konnte das Vorgehen der Regierung nicht billigen und obwohl der Staatsminister unserem Antrag den heftigsten Widerstand entgegensetzte, wurde derselbe mit 17 gegen 7 Stimmen vom Landtag angenommen. Bleiben die bürgerlichen Abgeordneten fest, so muß die Regierung, will sie nicht die ganze Beamtengehaltsvorlage scheitern lassen, wohl oder übel dem Verlangen des Landtages nachkommen.

Ein Zuchtstrafgesetz gegen den Massenstreik.

Das Schatzmacherblatt der Freikonservativen, „Die Post“, bringt in ihrer Sonnabend-Abendausgabe (Nr. 96 vom 26. Februar) einen Leitartikel über den politischen Massenstreik. Natürlich kommt das Blatt zu einer Verurteilung des Massenstreiks und schreibt zum Schluß:

„An die Regierung richtet sich demzufolge die erste Mahnung, sorgfältig zu prüfen, ob die Maßnahmen, welche unsere Gesetzgebung dem Staate und seinen Organen gegenüber dem politischen Massenstreik gibt, zur wirksamen Bekämpfung desselben ausreichen. Wenn die Prüfung ergeben sollte, daß unsere Gesetze, insbesondere unser

Strafgesetzbuch, Lücken gegenüber dieser neuen Erscheinung aufweisen, so ist ohne Verzug auf die Ergänzung und Erweiterung der gesetzlichen Handhaben gegen in ihrer Wirkung dem Hoch- und Landesverrat gleichstehenden Unternehmungen der Sozialdemokratie Bedacht zu nehmen.“

Dernburg wird verklagt.

Der Bürgermeister von Liederichsdorf, Krepplin, hat den Staatssekretär des Konsulatsamtes Dernburg wegen Verleumdung verklagt. Die Verleumdung wird darin erblickt, daß Herr Dernburg den Liederichsdorfer Bürgermeister mit einem Diamantschwindel in Verbindung gebracht hat.

Amerikaner Arbeiterfang.

Die Politik der Zentrumspartei findet bei manchen katholischen Arbeitern des Rheinlandes immer weniger Zustimmung, besonders hat das Verhalten der Zentrumsfraktion des Reichstages bei der Beratung der letzten Reichsfinanzreform vielen Arbeitern die Augen geöffnet. Um diese Arbeiter zurückzugewinnen und bei der Zentrumsfraktion zu halten, suchen neuerdings die Zentrumsleiter die katholischen Arbeitermassen bei ihren religiösen Instinkten zu packen, indem ihnen die katholische Kirche als ernstlich gefährdet durch die Agitation der immer mehr um sich greifenden atheistischen, sozialistischen und liberalen Lehren hingestellt wird. Das Zentrum veranstaltet nämlich sogenannte „religiöse Sonntage“, das heißt politisch-religiöse Sonntagsversammlungen, in denen die katholische Kirche als Schützerin des Arbeiterstandes und der Kollektiven verherrlicht wird. Die Idee, dieses Mittel zum Wiedereinfangen der allmählich in einen gewissen Gegensatz zum Zentrum hineingeratenen katholischen Arbeitermassen anzuwenden, geht von M. Gladbach aus. Zu Beginn des laufenden Jahres gab die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“, das in M.-Gladbach erscheinende Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, die Anregung, öffentliche Kundgebungen dieser Vereine an den ersten Sonntagen der Fastenzeit zu veranstalten. Für die Erzdiözese Köln nahm der Vorschlag bald feste Gestalt an. „Religiöse Sonntage“ sind an den ersten Sonntagen der diesjährigen Fastenzeit in Düren und anderen Orten gehalten worden. Die größte Kundgebung dieser Art war bisher wohl die Essener am letzten Sonntag. Als Zweck war anfangs angegeben worden, daß durch diese „religiösen Sonntage“, die künftig jedes Jahr sich wiederholen würden, eine Bewegung eingeleitet werden sollte, die zunächst zum Ziele habe, die katholische Arbeiterschaft unter der Flagge ihrer katholischen Lebensideale zu sammeln, sie mit Stolz und Selbstvertrauen zu erfüllen und ihrem Kampfe Richtung zu geben. In der Essener Resolution werden die Hauptaufgaben der Teilnehmer der „religiösen Sonntage“ aufgezählt: Ausdruck der religiösen Überzeugung überall, auch nach außen hin, Ausbreitung und Ausbau der Organisationen der Katholiken, namentlich des Volksvereins und der katholischen Arbeitervereine, Verbreitung und Stärkung der christlichen Gewerkschaften, entschiedene Bekämpfung der schlechten wie der farblosen Presse, Verbreitung und Unterstützung der katholischen Presse und schließlich Eintreten für die Erhaltung der konfessionellen Schule.

Sollten die katholischen Arbeiter auch gegen die Wahlrechtspolitik des Zentrums rebellieren, werden diese religiösen Sonntagsversammlungen jedenfalls noch beträchtlich vermehrt werden. In Köln sind z. B. am letzten Sonntag, um die katholischen Arbeiter festzuhalten, nicht weniger als 20 solcher Versammlungen einberufen, in denen Protest erhoben werden sollte gegen den „antikatholischen“ und „antikristlichen Ansturm“. In einer dieser Versammlungen hat sogar der Kölner Erzbischof teilgenommen.

Rußland.

Die Vorbereitung zu einem neuen Milliardenpump. Den französischen Parlamentariern, die neulich in Petersburg waren, zeigte man den Keller der Reichsbank, wo angeblich mit Goldmünzen gefüllte Säcke aufgestapelt waren, um die Vertreter der französischen Bourgeoisie von der Kreditwürdigkeit Rußlands zu überzeugen. Ebenfalls im Hinblick auf ausländische Geldgeber wurde gestern in der russischen Duma der Bericht der Budgetkommission erstattet. Der Referent, Professor Alexejenko (Katholik) setzte in zweistündiger Rede auseinander, daß die Bilanzierung des Budgets, entgegen der Voraussetzung des Finanzministers, ohne Defizit möglich gewesen sei und trotzdem die Kürzungen nur mit äußerster Vorsicht vorgenommen worden seien. So sei beispielsweise das Budget des Kriegsministers nur um sechs Millionen gekürzt worden; denn die Kommission sei sich voll bewußt, daß, soviel auch der Friedensgedanke gepredigt werde, dieses doch vorläufig nur schöne Worte seien. Die Aufgabe der Landesverteidigung sei die wichtigste der Nation. Die hauptsächlichsten Kürzungen hätten die Etats des Verkehrs- und des Marineministeriums erfahren. Die von der Budgetkommission am Etat vorgeschlagenen Änderungen hätten einen Überschuß von 3 752 898 Rubeln ermöglicht. Redner wies darauf hin, daß es zum letztenmal vor 22 Jahren vorkam, daß ein Budget ohne die Notwendigkeit einer Anleihe aufgestellt worden sei. Das diesjährige Ergebnis verdanke man dem Einfluß der Ernte im Zusammenhang mit günstiger Konjunktur. Die Getreideausfuhr habe gewaltige Dimensionen angenommen und einen Zustrom von Gold aus dem Ausland herbeigeführt. Der Staatskredit habe sich gebessert, und die Kurse der Staatspapiere hätten eine bedeutende Höhe erreicht. Nötigenfalls könnten für 565 000 000 Rubel Kreditscheine emittiert werden. Das Konto des Departements der Staatsrente betrage 256 Millionen, und außerdem sei noch ein freier Barbetrag vorhanden. Die Regierung habe diesen nicht berührt und schlage vor, ihn in der Obhut des Finanzministers zu belassen. Nach dem Referenten ergriff der Finanzminister das Wort. Er bezeichnete die Gesamtziffern des Budgets insofern als höchst lehrreich und erfreulich, als ein Vergleich mit dem Budget von 1909 ergebe, daß die Gesamtsumme des diesjährigen um 16 Millionen kleiner sei als des vorjährigen Budgets. Es sei Zeit, daß Rußland sich von den Anleihen ausruhe.

Das Wirtschafts- und Finanzleben des Landes vollziehe sich bisher unter günstigen Bedingungen, und es könne daher keine Rede davon sein, daß das Budget künstlich aufgestellt sei oder daß Rußland irgendwelche ernste Schwierigkeiten auf diesen Gebieten drohten. Die Kornvorräte seien genügend, und der Geldumlauf ruhe auf festem Fundament. Nicht nur die Staatspapiere, sondern alle Wertpapiere seien gestiegen. Seit 1906 seien viele um 20 bis 24 Proz. gestiegen, während die Staatspapiere von Staaten ersten Ranges nicht in die Höhe gegangen seien, einige sogar gesunken seien. Der finanzielle Erfolg sei bis in die untersten Volksschichten gedrungen, wie der präzisere Eingang der Landschaftsabgaben beweise. Rußland hat sich bis jetzt auf dem richtigen Wege befunden, indem es für ein Geldsystem eintrat, das seine Stabilität bewiesen hat. Auf diesem Wege kann die Regierung ruhig und im Einklang mit der Volksvertretung weiterarbeiten. Nach schwerer Vergangenheit ist Rußland zu einer besseren Gegenwart gelangt und muß einer glücklichen Zukunft zustreben.

Türkei.

Zur Verurteilung Hoiverts. Wie der Konstantinopeler Vertreter des Wolffschen Telegraphenbureaus hört, erkennt der Minister des Auswärtigen den Standpunkt des Völklers, der das Prozeß-Verfahren gegen den deutschen Reichsangehörigen Hoivert als null und nichtig bezeichnet hat, weil die Vorschriften der Kapitulation verletzt seien, als vollkommen richtig an. Voraussetzungen sind das Urteil des Gerichts in Serres annulliert und die Angelegenheit an ein anderes Gericht verlesen werden.

England.

Vorkämpfer Friede. Premierminister Asquith gab im Unterhause eine die Mehrheit befriedigende Erklärung über die Oberhaus-Frage ab; sein Vorschlag, zunächst die finanziellen Vorlagen zu erledigen, wurde angenommen.

Keine Einigung. In Penre (England) wurde bekannt gemacht, daß auch die nicht dem Verbanne der Kohlengrubenbesitzer angehörigen Gruben am 31. März die Arbeit einstellen werden, da es unmöglich erscheine, daß zwischen den Grubenbesitzern und dem Bergarbeiterverbande eine Einigung zustande kommt. Danach erscheint es als fraglos, daß alle Gruben in Südwales an diesem Tage den Betrieb schließen.

Asien.

Der vorsichtige Dalai Lama. Wir haben vor einigen Tagen die Flucht des Dalai Lama, des geistlichen Oberhauptes der Buddhisten und zugleich Herrscher des „Kirchenstaates“ Tibet, vor den anrückenden chinesischen Truppen nach Indien gemeldet. Die Sache hat insofern eine Bedeutung, als die Engländer schon lange danach trachten, Tibet in dieser oder jener Form unter ihre Herrschaft zu bringen, während China seit Jahrhunderten die Oberherrschaft über das Land beansprucht. Wenn sich nun der Dalai Lama unter den Schutz der Engländer stellte, so würden diese sicher die Gelegenheit wahrnehmen, um ihre Position in Tibet zu sichern und zu klären. Dem Dalai Lama scheint inzwischen aber klar geworden zu sein, daß er unter chinesischer Oberherrschaft immer noch besser daran sein werde, als unter britischer. Wie dem Reuterschen Bureau unter dem 26. v. M. aus Darjiling gemeldet wird, stellt sich jetzt heraus, daß der Dalai Lama sich nicht an die indische Regierung wenden will, sondern sich auf dem Wege nach Peking befindet, um seine Besehung von dortigen Regierung vorzutragen. Er habe den Weg über Indien gewählt, um das Reiseziel schneller zu erreichen.

Die englische Regierung ersuchte, wie „Daily Chronicle“ meldet, die Regierung in Peking um Einzelheiten über die Absetzung des Dalai Lama, erhob aber keine Vorstellungen bei der chinesischen Regierung, und zwar weder für sich selbst noch in Verbindung mit anderen Mächten.

Aus Lübeck und Nahbargebieten.

Dienstag, den 1. März.

Achtung, Einkäufer und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stuckeure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! über die Bauten der Firma Torckuhl in Kücknitz (Zwischenmeister Wädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Frauenversammlung. Die Versammlung der weiblichen Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins findet am 3. März statt. Es geschieht das mit Rücksicht auf die große öffentliche Volksversammlung, die zum Donnerstag der kommenden Woche im Interesse der Hausangestellten einberufen wird. Wir verweisen deshalb schon heute auf die Anzeiger unserer Frauenversammlung im morgigen Blatt, um alle Mitglieder die Änderung rechtzeitig wissen zu lassen. Genosse Stellung hat das Referat übernommen. Wir hoffen auf einen zahlreichen Besuch. Auch Nichtmitglieder dürfen als Gäste eingeführt werden.

Zur Weibeseier. Alle Genossen, die Eintrittskarten im Vorvertrieb gehabt haben, werden höflichst gebeten, bis spätestens Donnerstagabend 8 1/2 Uhr im Parteisekretariat abzurechnen. Das Komitee.

Die Bürgerchaft hatte gestern große Arbeitslast; über fünf Stunden dauerte die Sitzung, die aber trotz der Absicht, den Senatsantrag über die Baugewerkschaft zur Verabschiedung zu bringen, ein endgültiges Resultat über diesen Punkt nicht zeitigte. Einige Senatsanträge wurden ohne Debatte genehmigt, andere gaben Veranlassung, Eingwendungen zu erheben. So wurde u. a. von Böbs wiederholt die Änderung des Bauaufsichtsinstrumentes an der Gertruden- und Konstantinstraße kritisiert, vom Senatstische jedoch diese Beschwerden zurückgewiesen. Auch das langsame Fortschreiten der Zurücklegung der Häuserreihen in der Posten- und Königsstraße wurde angezogen, der Senat stellte sich aber auf den Standpunkt, daß diese Veränderung nur sehr langsam vorwärtschreiten könne, weil sie mit großen Kosten verknüpft sei, die bei Bewilligung von Bauprämien bis zu 500 000 Mk. betragen würden.

Eine recht lebhaft debattierte Senatsanfrage betraf die Erbauung einer Bahn von Lübeck nach Neustadt i. D. Ein. Genosse Ehlers erklärte im Namen unserer Fraktion

**Komitee- und
Kommissionssitzungen**

V. G. St.
Dienstag, 1. März, abends 8 1/2 Uhr
Vorstandssitzung
(Gesamtvorstand)
im Gewerkschaftshaus.

A. B. Sch.
Vorstands - Sitzung
Mittwoch abend 8 1/2 Uhr.

Verlobte:
**Johanna Witt
Heinrich Kruse**
Friedhof.

Am Sonntag, nachmittag 5 Uhr
entfand sich nach kurzer schwerer
Krankheit unsere liebe kleine
Gertrud
im Alter von 1 1/2 Jahr.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Herr Peters und Frau,
Margarete, geb. Meyer.
Lübeck, den 28. Februar 1910.
Die Beerdigung findet Donner-
stag morgen 9 Uhr vom Trauer-
hause, Wolsinger Allee 15, aus-
statt.

Für die uns erwiehnten Aufmerk-
samkeiten und Gratulationen an-
lässlich unserer Hochzeit lagen herz-
lichsten Dank.
K. Koesling u. Frau, geb. Cordts,
Lübeck, den 28. März 1910.

Moderne 2-Zimmerwohnung zum
1. April zu vermieten.
Feldstraße 20, 1. Et.

Fortzugshalber eine 2-Zimmer-
wohnung z. 1. April. Preis 180 Mk.
Näheres Bleicherstraße 26, pt.

5 flotte Damen-Maschinen-Anzüge
billig zu verm. Bleicherstr. 14a.

Zur bevorstehenden Saison
bringe ich mein großes Lager von
**Holz- u. Steinkohlenteer,
Karbolineum, Dachpappe
und Nägel**

in empfehlende Erinnerung.
**Johannes Timm, Schwarzen-
Allee 131a.**

Kopf und Bein pro Pfd. 25 Pfd.

Ia. Schweinefleisch 70 Pfd.
Bratenstücke, Pfd.

Karbonade Pfund 80 Pfd.
Prima dicke Flomen

pro Pfd. 80 Pfd., bei
Abn. v. 4 Pfd. pro Pfd. 75 Pfd.

Prima welches Schmalz 80 Pfd.
v. nur eig. Schlachtungen,
pro Pfd. 85 Pfd., bei Ab-
nahme v. 4 Pfd. pro Pfd.

Pa. Kuhweiser pro Pfd. 45 Pfd.
50 Pfd., bei Abnahme
von 2 Pfund pro Pfund

gekochte Mettwurst u. Leberwurst
70 Pfd., Prekwurst 50 Pfd., Kohl-
wurst 60 Pfd., frische Kochrippen
pro Pfd. 20 Pfd., Abfallknochen
pro Pfd. 10 Pfd.

M. Labrtz, Böttcherstr. 16.

Empfehlen
ger. Rachen Pfd. 90 Pfd.
kleine Rauchstücke " 85 "

Gisbein " 50 "
Kopf und Bein " 25 "
1 Post. ger. Mettw. " 100 "

H. Schmalfeld u. W. Mamerow
Reiherstr. 26, Ecke Warendorffstr.
Telephon 2152.

**E. Boy, König-
str. 61, T. 1811.**
Marktstr. 46.

Mittwoch frisch eintreffend: Not-
zungen, Schellfische, Kabeljau,
Hamburger Stint Pfund 10 Pfd.
und 15 Pfd.

Täglich frisch geräucherter Aale,
Sprossen, Blättlinge, Seelachs,
Sör, prima Lachs.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.
Ordentliche

General-Versammlung am Mittwoch, dem 9. März 1910 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- abends 8 1/2 Uhr
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Massenbericht vom Jahre 1909.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrates über die vor-
genommenen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl eines Aufsichtsratsmitgliedes.
4. Verteilung des Reingewinns.
5. Genehmigung eines Pachtvertrages.

An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder teilnehmen,
die sich durch Anteilscheine legitimieren müssen.

Der Vorstand.
P. Pape. J. Böger.
NB. Vom 1. März ds. Jz. bis 8. März ds. Jz. liegt die Bilanz
und Jahresrechnung zur Einsicht der Genossen im Geschäftslokal, Töpfer-
weg 65, vorm. von 9-12 Uhr, nachm. von 3-6 Uhr, aus.

Nur noch 6 Tage.
Lübeck auf dem Burgfeld.
Haases Stufenbahn im Prachtbau.
Vornehmes Familien-Vergnügungs-Etablissement.
Märchenhafte Ausstattung! Feenhafte Beleuchtung.
Voranzeige!
Morgen, Mittwoch, von 4-7 Uhr nachm.: Großes Kinderfest
mit vielen Überraschungen.
Jedes Kind erhält beim Eintritt ein Geschenk!
Täglich geöffnet von nachmittags 4-11 Uhr abends.
Gegen jedes Unwetter geschütztes Unternehmen.

Achtung Hafenarbeiter!

Gemeinschaftliche
Mitglieder - Versammlung
am Mittwoch, dem 2. März 1910
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

- Tagesordnung:
1. Innere Verbandsangelegenheiten.
2. Statutenberatung. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder notwendig.
Der Vorstand.

Hansa-Theater.
Ab 1. März: **Gastspiel**
Lübeck auf Stelzen
Große Burleske mit Gesang und Tanz mit
Willy Agoston.
„Der sensationelle Kanonenschuss“ und
„Der Flug durch das Theater“.
Diese zum Schreiben komische Burleske ist in Berlin
1500 mal, in Hamburg 300 mal, in München 300 mal,
in Köln 150 mal, in Mannheim 150 mal, in Straßburg
100 mal, in Breslau 200 mal mit stürmischen Lach-
erfolgen vorgeführt.
Dazu das große März-Programm.
Liesä Soebach,
Bravour-Sängerin.
5 Longonells,
Damen-Gesang- und Tanz-
Ensemble.
Wekita,
Equilibristin.
Louvigny,
Der weiße Magier.
Eugen Miranda,
Humorist.
Erna Rolla,
Soubrette.
The Mayos,
Akrobaten.
Vorverkauf ab heute bei Sager.

Billige Schuhwaren zur Konfirmation.
Um mit den verschiedenen Posten zu räumen, verkaufe diese
zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
Nur gute solide Ware. Bitte Schaufenster beachten.
F. Meyer, Huxterdamm 2.

St. Lorenz-Beerdigungsinstitut Georg Behnck
4 Warendorfstraße 4 Fernruf 2186.
Sarg-Magazin. Wäsche. Grabstöcke. Kränze.

Beerdigungsinstitut Gebr. Mütter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

**Der kleine
Coco**

So heisst das interessante Unter-
haltungsblatt für die Jugend, welches
beim Einkauf von 1 Pfund der feinsten
Pflanzenbutter-
Margarine, Marke
Cocosa

in allen Läden gratis verabfolgt wird.
Alle 14 Tage erscheint eine neue
Nummer. Cocosa ist ein idealer Butter-
Ersatz, der feinsten Naturbutter in allen
Verwendungsarten gleichkommt.
Bestandteile: Das Fruchtmilch der
Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb.
Ueberall erhältlich!
Alleinige Fabrikanten:
Jürgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhd.)

**Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.**
H. Schreiber, Breitestr. 24.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
geliefert werden.
Gegenstände aller Art, als: Mobli-
lien, Koffer etc. im Lagerhaus und
Expeditions-Geschäft Fischergr. 52.

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Deutscher
Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

**Versammlung
der weiblichen Mitglieder**
am Mittwoch, dem 2. März
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Vertrauensperson.

Achtung!
Zentralverband d. Maurer

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 2. März,
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Sind wir gewillt unsere Biblio-
thek der Genossenschaftsbücherei
zu übergeben?
2. Beschlußfassung über ein Sommer-
fest.
3. Innere Verbandsangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Der Zweigvereinsvorstand.

**St. Gertrud
Liedertafel**

Kappenfest
am Sonntag, dem 6. März 1910
im Lokale des Herrn Gutsche,
„Neulanderhof“.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt für Herren 60 Pfd.,
eine Dame frei.
Einj. Damen 20 Pfd., wof. Gardet.
Das Komitee.
NB. Kappen sind nur im Lokale
zu entnehmen.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 2. März,
abends 8 Uhr,

in der Stadthalle:
22. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)

Leitung:
Kapellmeister Hermann Abendroth.
Solist: Herr Konzertmeister A. Hesse,
Berlin, Probegastspiel (Violine).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture zu Figaros Hochzeit
W. A. Mozart,
Konzert in D-moll für Violine
H. Wieniowski,
Fantasie aus Traviata G. Verdi,
Rosen aus dem Süden, Walzer
J. Strauß,
Programm in Lübecker Konzert-
Anzeiger.

Stadthallentheater.
Dienstag, 1. März. 7 1/2 Uhr.
Zum letzten Male!

Die Liebe wacht.
Luftspiel von Gailavet u. de Flers.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14 und
Roß, Kohmarkt 13.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 2. März. 7 1/2 Uhr.
Außer Abonn. Ermäßigte Preise.
Iphigenie auf Tauris
Schauspiel von Goethe.
„Orest“ — Sieglismund Elfeld
v. Deutschen Theater in Hannover
als Gast.
Donnerstag: **Strandkinder.**
Schauspiel von Südermann.

Eilige Strafrechtsänderungen.

Eine Situation, die von vornherein bedenklich stimmt: Die Regierung kann die Zeit nicht abwarten, bis die große Strafrechtsreform, die manche Fortschritte und leider auch sehr viel Rückschritte bringen wird, fertig ist. Sie hat ihre dringenden Herzenswünsche, die sie Hals über Kopf erfüllt sehen möchte. Es wird dem deutschen Volke eine bunte Kompottschüssel von Paragraphen präsentiert. Man sagt: Man will die Hausfriedensbruchstrafbestimmungen mildern, das Delikt der Tierquälerei neu fassen, die Beleidigung vom Wahrheitsbeweise unabhängig machen, eine neue Art der beschwerten Körperverletzung begründen, den Mordraub ausdehnen, der Erpressung einen geänderten Charakter verleihen.

Alles das klingt sanft und weise; und wohlmeinend sachlich klingen die Motive, die die amtlichen Justizgeheimräte den neuen Paragraphen mit auf den Weg geben. Aber man müßte ganz verbohrt, ganz dieser Welt unkundig sein, wenn man nicht auch im nüchternsten Wortlaut den verkündeten Wolf im Schafpelze entdecken könnte. Jedes neue Gesetz ist nicht darauf zu prüfen, was der gesunde Menschenverstand und die Volksanschauung aus den Worten herausliest, sondern darauf, was die Klassenjustiz aus den Worten herauslesen kann.

Der Schutzmannparagraph.

Der Hausfriedensbruch (widerrechtliches Eindringen in fremde Wohnungen und dergleichen und widerrechtliches Verweilen trotz Aufforderung) wird dann als ein schwereres Delikt angesehen, wenn er von einer bewaffneten Person oder von mehreren Personen gemeinsam ausgeführt wurde. Bisher ist er in solchem Falle von Amts wegen zu verfolgen, und das Mindestmaß ist eine Woche Gefängnis. Kein Zweifel: das könnte zu Härten führen, die mir gelegentlich selbst einmal geschildert haben. Aber sind jemals extra markante Fälle bekannt geworden, die ein zwei- oder dreijähriges Warten bis zur Vollendung der Strafrechtsreform als schreiendes Unrecht empfinden ließen? Nein! Wenn jetzt auch eine Geldstrafe (bis 1000 Mk.) und Verurteilung nur auf Antrag zugelassen wird, so muß man eine verdeckte Absicht für die Zukunft haben. Man überlege: Welcher Staatsbürger — außer dem konservativen Abgeordneten, der den fünfjährig geladenen Revolver in den Reichstag mitnimmt — trägt für gewöhnlich Waffen? Der Schutzmann, der Soldat, der Soldat. Und mit dieser Feststellung muß dem vertrauensvollsten Staatsbürger ein Licht aufgehen. Heute ist es ein verfassungsmäßig verbrieftes Recht, daß die Polizei des Nachts nicht in die Privathäuser eindringen darf. Jeder Schutzmann müßte sonst wegen schweren Hausfriedensbruches ins Gefängnis gehen. Künstlich darf sich die Polizei auf den Standpunkt stellen: „Was kostet die Sache? Richter, die sich als Justizbeamte wie Bundesgenossen der Polizei fühlen, — es wird gelegentlich solche Richter geben, — werden diktieren: der Hausfriedensbruch kostet pro Mann ein Taler. Dem Leutnant, der auf Obenburschs Geheiß mit seinen zehn Grenadiern den Reichstag fürirt, wird der Spaß kaum teurer werden als die übliche Strafböwe, wenn er einmal vom Pferd gefallen ist. Die neue Bestimmung läßt also den Hausfriedensbruch als ein pikantes Abenteuer gelten, kaum kostspieliger als eine tolle Nacht in Berlin. Es wäre natü., eine Strafmilderung in dieser Beziehung gutzuheißen.

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarau.

(26. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Sie hatte hübsche weiße Zähne und Christine fühlte sich so leicht zu ihr hingezogen: wäre sie nur nicht so fein gewesen.

Darauf stellte Moh vor: „Meine vieljährige Freundin — Frau Glunke.“

Die kleine torpente Dame lag gerade auf Christine zu und drückte ihr einen weichen feuchten Kuß auf den Mund, wobei sie mit großer Redseligkeit versicherte, Christine sei die netteste junge Frau, die sie je gesehen, ja ohne Übertreibung — die aller-netteste.

Jetzt sollte man zu Tische gehen.

Redakteur Mortensen näherte sich mit dem Gute in der Hand und verbeugte sich tief vor Fräulein Nielsen: „Unser Wirt hat mir die große Ehre übertragen, Sie, mein Fräulein, zu Tisch zu führen.“ Er bot ihr anmutig den Arm und schritt dicht hinter den Neuvermählten her.

Darauf kam der Feldwebel Knoff mit Madame Glunke, dann der Schornsteinfeger Lunde mit Madame Paalsen, der Polizeidiener Andersen mit Madame Grüner, der Obergerichtsbote Paalsen mit Madame Lunde, und dann die ganze übrige Gesellschaft paarweise nach Angabe der Karten, welche der Kutscher des Ministers draußen im Gange verteilt hatte.

Der Tisch war in Hufeisenform gedeckt. Drinnen in der Mitte saßen die Neuvermählten, links Knoff mit Madame Glunke, rechts Mortensen mit Fräulein Coeline. Ihnen gegenüber saßen Lunde und Paalsen mit ihren Damen, und die übrige Gesellschaft nahm an den beiden Flügeln Platz.

Der Polizeidiener Andersen war äußerst eifrig und veranlaßte vielen Platzwechsel, bis es ihm gelang, Knudsen gerade vor sich anzubringen.

„Denn sehen Sie, Madame Grüner,“ flüsterte der Polizist, „er ist nur versuchsweise angestellt und ich bin damit beauftragt worden, auf ihn acht zu geben.“

Madame Grüner mochte ihn nicht anhören; sie war mißvergnügt über ihren Platz und ihren Tischgenossen. Sie hatte sich darauf gespitzt, vom Feldwebel zu Tisch geführt zu werden und einen Platz neben den Neuvermählten zu erhalten.

Das Sezangprivileg.

Mit der Tierquälerei ging es so nicht weiter. Heute ist es das Recht jedes Staatsbürgers, gegen das wehrlose Geschöpf nach Belieben brutal zu sein, wenn er es nur nicht öffentlich tut oder „Aracnis erregt“. Jetzt soll „boshaftes Quälen oder rohes Mißhandeln“ den Grund zur Bestrafung geben. Der Ausdruck ist so verschwommen wie möglich. Wer ein Pferd, wie das wohl vorkommen mag, verhungern läßt, um eine Versicherungsprämie herauszuschlagen, begeht das rohe Unterlassen einer Behandlung, nicht eine rohe Mißhandlung. Wer da glaubt, daß uniere Gerichte sich um solche Spitzfindigkeiten nicht kümmern werden, kennt uniere Gerichte nicht. Wozu also die Bestimmungen von mangelhafter Präzision? Warum stellt man nicht klipp und klar die „Tierquälerei“ unter Strafe? Nun, alles hat seinen Grund! Man würde, wenn man die Tierquälerei schlechtweg bestrafen wollte, jede Sauhah unmöglich machen. Denn daß die Sauhah eine Tierquälerei ist, schlimmer beinahe als das ehemalige Leibamüßement der mecklenburgischen Junker, das jetzt in Heiligendamms verpönte Taubenschützen, darüber ist sich das Volksempfinden einig. In die von den Staatsjuristen vorgeschlagenen verschwommenen Umrisse des Deliktes diese mittelalterliche Tortur des Tieres hineinzuopassen, wird kaum ein Richter riskieren. Das Straßmaß soll freilich erhöht werden. Statt der jetzigen Höchstgrenze von 150 Mark oder sechs Wochen Haft soll die von 600 Mark und drei Monaten Gefängnis treten. Das ist eine halbe Reform. Viel wichtiger wäre es, dem Richter zu gestatten, daß er dem gewohnheitsmäßigen Tierquäler das Halten und Verwahren von Tieren untersagt.

Die Lex Eulenburg.

Auch dieser Maulkorb, den man der deutschen Presse verlegt, wird mit den gütigsten und bravsten Ausdrücken der Kunst des Publikums empfohlen. Man sagt zwar: „Revolverpresse“, und meint alle Zeitungen, die das Glück nicht haben, in den privilegierten Sphären beliebt zu sein. Man will die „Ehre“ schützen und verschleiern Niederträchtigkeiten, moralische Defekte. Man will einer ganzen Speisekarte von schrecklichen Lastern den Garaus machen: „Schmähtucht, Neid, Haß, Rache oder der Absicht der Erpressung“, und trägt zugleich auch die Ehrlichkeit und Wahrheit aus dem öffentlichen Leben.

Denn von nun an soll der Redakteur, der mit seiner Person einsteht für seine Behauptung, nicht mehr den Beweis der Wahrheit antreten dürfen. Er wird verdammt, auch wenn er tausendmal die Wahrheit gesagt hat. Er wird verdammt zu fünf Jahren Gefängnis, zu 10 000 Mark Geldstrafe, zu 20 000 Mark Buße, wenn er die Wahrheit sagt. Das ist das Resultat, das die Regierung aus dem Eulenburgprozeß zieht!

Geht dieses Gesetz durch, so schwinden Treu und Glauben völlig aus der Welt. Dann wäre es unmöglich, fürderhin einer zweiten Clique von Eulenburg-Lynarischer Art das Wasser abzugraben. Dann jähe der Triolenschack statt im Sanatorium heute noch im Reichstage und könnte sich über die Unsitlichkeit im Volke enträufen. Dann wäre es der Schauspielorganisation unmöglich, einen sündigen Direktor an den Pranger zu stellen. Dann wäre das Nachdrucken jeder Gerichtsverhandlung illusorisch gemacht, weil der angeklagte Verbrecher eine Beleidigung aus der Veröffentlichung seiner privaten Verhältnisse herleiten könnte.

ten. Deshalb legte sie auch den Löffel weg, als sie die Suppe geschmeckt hatte und murmelte verächtlich: „Nebig!“

Anfangs herrschte beim Essen tiefe Stille; man hörte nichts als ein leises Geräusch der Löffel, die mit Vorsicht gehandhabt wurden, und ein halblautes Wort oder Lachen des Redakteurs und seiner Dame.

„Darf ich Sie bitten, meine Herren, die Gläser zu füllen,“ sagte Moh mit einer Betonung, die sehr an den Minister Bennedsen erinnerte, „meine Gattin und ich erlauben uns, Sie, meine Damen und Herren, hier willkommen zu heißen.“

Das erste Glas Rotwein ward mit großer Feierlichkeit getrunken, wobei alle zu den Neuvermählten hinübergrüßten.

Christine überblickte nun die beiden Flügel des Tisches und sie fühlte sich fast überwältigt von all dieser Macht. Hilba Bennedsen hatte ohne Wissen ihrer Mutter den Saal mit Blumen geschmückt und alles Deckzeug und Silbergerät hergegeben, das nicht aufs Land mit hinausgenommen war.

Nach Christines Begriffen war die Anrichtung über alle Maßen glänzend. Sie wünschte nur, daß die dort drüben in der Heimat sie als den Mittelpunkt in all diesem Überfluß hätten sehen können.

Zwischen hielt der Polizeidiener seinen künftigen Kollegen Knudsen scharf im Auge, und jedesmal, wenn dieser Miene machte, an eine Flasche oder ein Glas zu rühren, rief er warnend in gedämpftem Tone: „Knudsen!“

„Hier! Herr Polizeidiener!“ antwortete dann Knudsen und richtete sich militärisch in die Höhe.

Madame Knoff, die einen der Eisenbahnbeamten zum Tischnachbar hatte, sah so, daß sie von ihrem Mann, dem Feldwebel, nichts sehen konnte, wenn sie sich nicht ganz zurücklehnte. Dies war aber sowohl für sie selber als auch für ihren Tischnachbar sehr un bequem. Denn sie war eine torpente Dame und ihre grobe gelbliche Haut verlieh ihr ein ungesund, wenig anziehendes Aussehen, was den Redakteur zu der Bemerkung veranlaßte, Madame Knoff leide gewiß an Milzbrand.

Als es aber beim ersten Gericht immer noch totensill im Saale war, flüsterte Mortensen hinter Christines Rücken zu ihrem Mann: „Sie müssen mit den Toasten beginnen, Moh!“

„Ich meinte, das schickte sich nicht vor dem Braten —“
„Doch, doch, im Gegenteil, es ist sogar äußerst modern, mit den Tischreben bei der Suppe zu beginnen.“ Der Re-

Denn bei der überkünstelten Verklammerung des Entwurfes, daß nur „Verhältnisse des Privatlebens“ in Betracht kommen, „die das öffentliche Interesse nicht berühren“, gibt es für eine profaneinständige Anstehungswut der Gerichte keine Grenzen. Alle jene hochgestellten und „bedeutenden“ Herrschaften, die heute aufkriechen, wenn sie in den byzantinischen Wochenzeitschriften im intimsten Familienkreise, an ihrem Arbeitstische, beim Morgenkaffee und nomadisch im Badekabinett oder in der Schlafstube für die Mit- und Nachwelt verewigt sind, werden plötzlich „das öffentliche Interesse nicht berühren“, wenn es sich herausstellt, daß etwas faul ist im Staate Dänemark.

Diese lex Eulenburg wird praktisch zu nichts weiter führen als zum Vorhubeleiten der verborgenen Laster, zum Vorhubeleiten der Unzucht, was dasselbe Gesetz an anderer Stelle als Kuppelei und Zuhälterei bezeichnet.
„Berl. Volkszig.“

Die Newyorker Gewerkschaften für Gründung einer neuen Arbeiterpartei.

Aus Newyork wird uns geschrieben:

Das Rauburteil des Richters Platt von Hartford, das dem amerikanischen Hummchervorband eine Bopkottbuße von 222 000 Dollars auferlegt, fängt an, seine aufrüttelnde Wirkung zu tun. Die Newyorker Central Federation of Labor vereinigte örtlichen Arbeiterverbände, beischloß in ihrer Sitzung vom 11. Februar einstimmig eine Erklärung, worin die sofortige Einberufung einer Konferenz durch den Präsidenten Gompers zur Gründung einer „Unabhängigen Arbeiterpartei“ gefordert wird.

Die der Versammlung vorgelegte Resolution beschränkte sich ursprünglich darauf, den Hummachern herzliche Sympathie auszusprechen und ihnen in dem Kampfe gegen eine Justiz, die eine jede Gewerkschaft in ihrer Existenz bedrohe und sogar das persönliche Eigentum eines jeden einzelnen organisierten Arbeiters angreife, moralische und finanzielle Unterstützung zuzusichern, um dann das Exekutivkomitee der Federation of Labor aufzufordern, „unverzäglich Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, die Interessen und die Wohlfahrt einer jeden angeschlossenen Organisation, wie eines jeden individuellen Mitgliedes zu schützen.“

Ein Delegierter der geringen sozialistischen Minderheit innerhalb der Central Federation of Labor, der Zigarettenmacher Braun, opponierte der Resolution als ungenügend. Er führte aus, es genüge nicht, die Sache einfach vor die Federation of Labor zu bringen und ihr zu überlassen, welche Schritte zu tun seien. Die bisherige Politik, „die Knie vor den Gesetzmachern des Kapitals zu beugen und Petitionen loszulassen,“ habe den Arbeitern nur entweder zu Fußtritten verholfen, womit man Bettlern lohnt, oder bestenfalls zu Verisprechungen und nichts weiter. Der Redner exemplifizierte demgegenüber auf die Folgen, die das englische Proletariat der Laff-Bale-Entscheidung gegeben habe, indem sie die Interessen der Arbeiter nicht mehr auf den Korridoren des Parlamentshauses und in den Vorzimmern der Gesetzgeber verließen, sondern im Parlamentsaal selber, um durch ihre Vertreter selber Gesetze im eigenen Interesse zu machen. Zum Schluß beantragte Genosse Braun dann, den Präsidenten der Federa-

teur schlug stark an sein Glas und Moh erhob sich und sprach:

„Meine Damen und Herren! Ich fühle in diesem bedeutungsvollen Augenblicke einen tiefen Drang, es auszusprechen, wie sehr ich es beklage, daß ich an diesem Tisch, wo doch so viele meiner Lieben versammelt sind, den vermisse, den ich hier am liebsten hätte bei mir sehen mögen. Ich meine den Vater meiner Gattin, Hofbesitzer Niels Watnemo.“

Christine hielt ihr Schnupftuch vor die Augen.
„Du weißt es selbst, liebe Christine, wie innig ich an meinem einzigen Bruder hänge, und welchen Wert ich auf das das Kleinod lege, das er mir anvertraut —“

Hier bekam Madame Glunke einen äußerst unpassenden Hustenanfall. Der Redner warf ihr einen schnellen Blick zu und fuhr fort:

„Deshalb, meine Damen und Herren, wollen wir auf das Wohl des Vaters meiner Frau, obwohl er hier nicht gegen ist, trinken, indem wir wünschen, Gott wolle ihn trösten und ihn nicht zu schwer die Entbehrung seiner lieben Tochter fühlen lassen. Christine, auf das Wohl Deines Vaters!“

Als Moh sich niedersezte, flüsterte er Madame Glunke schnell einige Worte zu.

„Ich konnte wahrhaftig nichts dafür,“ antwortete sie flüsternd. „Du warst unbezahlbar!“

Darauf erhob sich der Schornsteinfeger Lunde. Es war ein langer, dürrer Mann mit grauem Haar und spitzer Nase. Schon seit langer Zeit hatte er sein Geschäft durch Stellvertreter ausüben lassen, aber doch keine offizielle Stellung als Schornsteinfegermeister im vornehmsten Teil der Stadt beibehalten. Er hatte Vermögen und eine seiner Töchter war mit einem Telegraphenbeamten verheiratet.

„Als der Älteste hier in der Gesellschaft,“ begann er, „gestatte ich mir den Toast auf das Wohl der Neuvermählten auszubringen. Wir alle haben schon in unserer Kindheit gelernt, daß der Herr selbst gesagt hat: Es ist nicht gut, daß der Mensch allein sei.“

Die Stille am Tische wurde beinahe drückend. Die Mädchen, welche eben die Teller zum Braten herumgeben wollten, mußten damit innehalten, während der Redner die Geschichte der Ehe von Adam und Eva und Abraham und Sarah an — bis zu Isaac und Rebekka vortrug. Daraufhin übersprang er geschickt Jakob mit den beiden Frauen, verkehrte weder David noch Salomo, sondern machte einen letzten Übergang auf die Gegenwart und schloß damit, den

tion of Labor aufzufordern, eine Konferenz der nationalen und internationalen Präsidenten einer jeden der Federation angefallenen Gewerkschaft einzuberufen, die in Verbindung mit der Zentralverwaltung die Bildung einer unabhängigen Arbeiterpartei in die Hand nehmen soll.

Der Antrag Braun wurde einstimmig angenommen, nachdem eine Anzahl Delegierte sich dazu geäußert, sämtlich im Sinne unseres Genossen.

Die Etablierung einer solchen Partei war bis vor kurzem Gegenstand eines lebhaften Meinungskampfes innerhalb der sozialistischen Reihen, hervorgerufen durch einen Privatbrief des Genossen Simons in Chicago, aus dem eine starke Parteimildigkeit und die Sehnsucht nach einer „Independent Labor Party“ nach englischem Muster sprach. Genosse Simons hat nachträglich erklärt, daß er nur eine Reform unserer Organisation und Taktik im Sinne eines engeren Anschlusses an die Gewerkschaften im Auge gehabt habe. Die Meinung der leitenden Genossen, wie der Parteipresse, die in der mittlerweile entstandenen Diskussion zum Ausdruck kam, ging im großen ganzen dahin, daß uns als Sozialisten die sozialistische Partei gut genug sei, daß wir aber mit einer von den Gewerkschaften gegründeten selbstständigen Arbeiterpartei sympathisieren oder ihr doch nicht von vornherein feindselig begegnen würden, nur daß sich im Gewerkschaftslager gar keine Neigung zeige, eine solche Partei zu organisieren. Jetzt ist diese Meinung mit einem Schlage da, wenigstens soweit die bisher so konservative New Yorker Zweigkörpererschaft der Federation of Labor in Frage kommt. Und das hat mit seiner „Taff-Bale-Entscheidung“ Richter Blatt von Hartford getan. Zu hoffen wäre zunächst, daß die enthusiastische Einmütigkeit, womit New York sich für die politische Emanzipation der amerikanischen Arbeiter erklärt hat, auf die Chicagoer Federation of Labor, die am 3. März in der gleichen Sache beraten wird, ansteckend wirken möge. Leider ist von der Zentralverwaltung kaum zu erwarten, daß sie dem New Yorker Appell Folge geben wird, und die „New Yorker Volkszeitung“ nimmt sogar an, daß er, soweit er durch unsere Genossen in der Central Federated Union betreten wurde, „auf Fehlschlag berechnet“ war: „Indem sie von einer unabhängigen „Arbeiterpartei“, nicht von der sozialistischen, sprechen, wollen sie den leitenden Geistern der Federation of Labor jeden Vorwand nehmen, aus anderen als aus schwanzpolitischen Gründen („Schwanzpolitik“ ist die Verschärfung des Arbeiterwillens an die bürgerlichen Parteien, die alte bankerotte Taktik der F. of L.) ihre Ablehnung zu rechtfertigen. Womit dann — wie unsere Genossen hoffen mögen — endlich doch einem großen Teil der bisher ihrer Führung folgenden Arbeiter die Augen geöffnet werden würden. Aus dem, was sie selbst unter den drängenden Umständen nicht tun, soll bewiesen werden, daß sie zur Führung der organisierten Arbeiter unfähig seien, wenn nicht schlimmeres.“

Die Beteiligung von Parteigenossen an der Gründung einer neuen Arbeiterpartei mag zu Meinungsverschiedenheiten Anlaß geben, die beginnende Lösung der amerikanischen Gewerkschaften von den korrupten bürgerlichen Parteien ist jedenfalls hoch erfreulich und beweist, daß der Gang der Dinge selbst der konservativsten Gewerkschaftsbewegung der Welt schließlich doch ganz von selber „Dialektik einpaukt“.

Aus der Partei.

Die Polizei will nichts lernen! Genosse Stegmann in Braunschweig hatte an die Polizeidirektion ein Gesuch um Genehmigung zu einem Demonstrationsumzuge für Sonntag, 27. Februar, gerichtet. Wer aber glauben würde, die Polizei hätte inzwischen etwas gelernt, der überschätzt die Einsichtsfähigkeit der Polizei. Am folgenden Tage schon erhielt Genosse Stegmann folgende Antwort:
Herzogl. Polizeidirektion
Braunschweig.

Braunschweig, 23. Februar 1910.

Die von Ihnen nachgesuchte Genehmigung zu einem am 27. d. M. zu veranstaltenden Aufzuge wird gemäß § 7 Absatz 2 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 damit verweigert. Bei Aufzügen, welche die Sozialdemokratie in hiesiger Stadt veranstaltet hat, sind wiederholt Ausschreitungen vorgekommen, durch welche die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Danach ist zu befürchten, daß

Himmel um seinen Segen für das neuvermählte Paar zu bitten.

Die meisten Damen weinten, namentlich Christine. Fräulein Eveline beugte sich nach vornüber und nickte ihr freundlich zu. Die feierlichen Worte aus der Bibel, das prächtige Fest — alles ergriff sie so wunderbar, daß sie einen Augenblick schon nahe daran war, zu glauben, daß es sich vielleicht doch zu ihrem Glück wenden könnte.

Fräulein Eveline flüsterte Wortenslen zu: „Es ist doch wirklich schändlich, daß das arme Mädchen den alten Herr heiraten soll!“

Nach der Rede des Schornsteinfegers trat eine lange Pause ein, während welcher die Mädchen die Keller aufsuchten.

Madame Knoff, die fortwährend behauptete, ihr Mann mache der „abscheulichen Madame Wimbam“ den Hof, hatte das Unglück, den Keller herabzureifen, als sie durch eine unvermutete Wendung den Feldwebel überraschen wollte.

Infolge des Lärmes fuhr der verschüchterte Knudsen in die Höhe und der Polizeidiener Andersen rief ihm ein tadelndes „Knudsen!“ zu.

Aber Madame Glunde lachte laut und stieß ihren Lischmacher an. Dies Lachen war der erste Hauch von Munterkeit, der über den Lisch ging. Mortensen brachte die Scherrykaraffen in Umlauf, und es ward ihnen fleißig zugespochen.

Darauf erhob sich der Redakteur und sagte: „Meine Damen und Herren! Indem ich meinen Blick über diese Versammlung gleiten lasse, kommt mir unwillkürlich der Gedanke: was ist's, das — wenn ich mich so ausdrücken darf — das Bindeglied zwischen uns allen bildet?“

Er sprach in breitem, überlegenem Ton und wohlgeleiteten Zeitschriften, und da er sich als den Herrn der Situation fühlte, warf er mit einer Menge von Fremdwörtern und lateinischen Sentenzen um sich, indem er entwickelte, daß alle hier Versammelten Teile seien der großen Staatsmaschine, öffentlich angestellte Personen, Glieder in der Reihe von Männern, zu welchen die Nation mit Vertrauen und Ehracht aufblickt.“

(Fortsetzung folgt.)

auch der von Ihnen beabsichtigte Aufzug eine solche Gefährdung mit sich bringen würde.

v. d. Busch.

Genosse Schwandt hatte ebenfalls einen Antrag an die Hochwohlblütliche gerichtet, um Genehmigung eines Aufzuges am 1. Mai. Die Polizei hat sich daraufhin gar nicht in geistige Unkosten gestürzt, sondern sie hat dem Genossen die Ablehnung seines Antrages mitgeteilt in fast genau demselben Wortlaut, wie sie den Antrag des Genossen Stegmann ablehnte.

Ein Parteitag der rumänischen Sozialdemokratie tagte vom 18. bis 16. Februar zu Bukarest. Er war von 89 Delegierten besucht — die Beschiebung und die Verhandlungen zeigten, daß der Sozialismus in Rumänien trotz der brutalen Verfolgungen der Arbeiterbewegung, trotz der niederträchtigen Ausweisungen der Führer und anderer ähnlicher Maßnahmen vorwärts kommt. Die bisherige sozialistische Vereinigung konnte in die Sozialdemokratische Partei umgewandelt werden. Genosse Georgescu erstattete den Tätigkeitsbericht, der zu dem Schluß kam, daß alle Verfolgungen und Ausnahmegesetze die Bewegung nur gestärkt haben. Sodann wurde ein Parteiprogramm angenommen, dessen theoretischer Teil im wesentlichen dem des Erfurter Programms der deutschen Sozialdemokratie entspricht. In der Debatte wurde die Judenfrage behandelt, die für Rumänien besonders brennend ist, da den Juden, die zum größten Teil Proletarier sind, als „Fremden“ das Bürgerrecht vorenthalten wird, so daß sie der absoluten Willkür der Regierung unterliegen. Es wurde beschlossen, daß die Sozialdemokratie Rumäniens die Vertreibung der Juden fordere, weil sie, wie die Sozialdemokratie aller Nationen, nicht nur gegen die Ausbeutung der Arbeiterklassen, sondern gegen jede Ausbeutung und Unterdrückung kämpft, sie richtet sich nicht gegen eine Klasse, Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Dem theoretischen Teil des Programms schließt sich der praktische Teil an, der an der Spitze Abschaffung aller Gesetze fordert, die gegen das Streik- und Koalitionsrecht gerichtet sind; in Artikel 2 werden die Anerkennung der Gewerkschaften als juristische Personen und Tarifverträge verlangt. Dem nächsten Parteitag soll ein Agrarprogramm vorgelegt werden. Einstimmig wurde ein neues Agitationsstatut für die Partei angenommen. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wurde einstimmig in der Weise geregelt, daß die Stuttgarter Resolution angenommen wurde. Beratungen über die Presse, Genossenschaften und Arbeiterheime beschlossen die Verhandlungen.

Der neue amerikanische Parteivorstand. Das nächste National-Exekutiv-Komitee der Sozialistischen Partei der Vereinigten Staaten wird nach dem am 11. Februar von dem Nationalsekretär der Partei, Genossen Barnes in Chicago, mitgeteilten offiziellen Ergebnis des Referendums aus folgenden bewährten Kämpfern zusammengesetzt sein: Robert Hunter von Noroton, Connecticut, Viktor Berger von Milwaukee, Morris Hillquit von New York, John Spargo von Yonkers, New York, Lena M. Lewis von Californien, George D. Goebel von Newark, New Jersey und James Carey von Boston, Massachusetts. Berger, Hillquit, Hunter und Spargo gehörten bereits dem alten Nationalkomitee an.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 28. Februar 1910.

Der Wortführer Präses Dimpler eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. und macht bekannt, daß das Bürgerschaftsmitglied Eggers (Dänischburg) plötzlich verstorben ist. Er widmet ihm ehrende Worte. Ferner macht der Wortführer Mitteilung, daß die Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages betr. Anstellung von 4 Oberlehrerinnen ihre Arbeiten beendet hat, wegen zu später Drucklegung konnte der Punkt jedoch nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden.

Es folgt die Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages, betr. Landgemeindeförderung. Das Resultat ist folgendes: Dr. Görz, Dr. Jhde, Dr. Rähler, Klein, Lauenstein, Beckelhoff, Grafmänner sind Dr. von Brocken und Fehling. Der Senatsantrag betr. Gewährung einer Staatsbeihilfe von je 1000 Mk. für die nächsten fünf Jahre an den Hansischen Geschichtsverein wird debattelos angenommen.

Beim Senatsantrag betr. Rückübertragung und wiederholter Antrag, betr. den Erlaß eines Gesetzes über die Baufluchtlinien für den Schüsselbuden bemerkt

Glaser, daß immer vom Sparen geredet werde, und doch habe die Kanalbaubehörde beschlossen, die Laternen auf der Burgtorbrücke zu erneuern und durch kupferne zu ersetzen. Er frage an, ob es denn notwendig sei, die Erneuerung vorzunehmen.

Sartori hält verschiedene Reparaturen für notwendig. Beschlossen sei die Sache noch nicht.

Senator Stooss erwidert, von Neuanschaffungen sei ihm nichts bekannt, er glaubt, daß es sich nur um Vorverhandlungen handle.

Jene unterstützt Glaser's Wunsch. Die Bürgerschaft würde dem Senat dankbar sein, wenn Aufklärung erfolge.

Senator Stooss gibt die Bereitwilligkeit zur Prüfung der Anfrage kund.

Sartori: Es handelt sich um das innere Gerüst der Laternen. Die Ausführung sollte gleich gemacht werden.

Schorer bedauert, daß eine Ausschreibung der betr. Arbeiten stattgefunden hat, ohne daß die Mitglieder der Bau-deputation Mitteilung davon erhielten.

Böhs bemerkt dazu, die Kommission habe die Sache eingehend geprüft. Ferner kommt Redner auf die Baufluchtlinien in den Vorstädten zu sprechen und bemängelt die Handhabung der Festsetzung dieser durch das Polizeiamt, besonders in der Gertrudenstraße. Es ist eine Entwertung der Grundstücke dadurch eingetreten. Nach welchem Gesetz diese Baufluchtlinie festgelegt ist, kann Redner nicht verstehen. Der Senat könne doch nicht mit dem Bürgerausschuß einfach beschließen, von morgen ab wird das Gesetz so gehandhabt.

Senator Neumann gibt den gemeinsamen Beschluß von Senat und Bürgerausschuß über die Baufluchtlinien von 1906 bekannt. Seit dem Inkrafttreten des Beschlusses über die Baufluchtlinie in der Gertrudenstraße sind Beschwerden nicht erfolgt. Erst durch einen beabsichtigten Neubau dort wurde die Frage angeschnitten; es liege keine Veranlassung zur Änderung vor.

v. Schack hält seinen früheren Antrag, nach dem der Staat einen größeren Schaden erleiden würde, nicht mehr aufrecht und stimmt dem Senatsantrage zu. Es ist höchste Zeit, daß der Zickackurs unserer Straßenbauten eingestellt wird. Es muß etwas geschehen. Der Staat muß eine mäßige Bauprämie denen einräumen, die in fünf oder zehn Jahren mit ihren Grundstücken zurückgehen. In anderen Städten sind dadurch gute Erfolge erzielt worden. Redner bringt verschiedene Wünsche über notwendige Pflasterungsarbeiten zum Ausdruck.

Senator Stooss: Der Bericht über die Bauprämien ist in der Bau-deputation fertiggestellt. Es würde große Summen kosten, wenn dem Wünsche auf Bauprämien Folge geleistet werden sollte. Herrn v. Schack erwidert er, daß alles auf einmal gemacht werden könne.

Böhs kommt nochmals auf die Baufluchtlinie in der Gertrudenstraße zurück, die den Hauptverkehr nach Hafen in sich schließt. Wenn dem Staate so günstige Gelegenheit geboten sei, ohne Kosten einen vorteilhaften Zug zu unternehmen, sei es ihm unbegreiflich, daß er nicht zugreife.

Senator Neumann glaubt, daß die heutige Breite der Gertrudenstraße vollständig genüge, um einen großen Verkehr aufzunehmen.

Schorer: Das Geld, um die nötigen Straßenerweiterungen auf einmal zu machen, haben wir nicht. Haben wir so lange gewartet, kann es auch noch länger dauern.

Dahms findet den großen Wagenverkehr an der Johannisstraße bedenklich.

Neumann (Schluß) findet die Folgeleistung der von Schack'schen Anträge gefährlich.

Thiele montiert die Beschlußfassung über den Baufluchtlinienplan in der Gertrudenstraße, den wohl Senat und Bürgerausschuß beschlossen, die Bürgerschaft sei jedoch nicht gehört worden. Die Straßenregulierung in der Gröpelgrube würde viele Kellerwohnungen schaffen.

Der Senatsantrag wurde hierauf angenommen.

Es folgt die Beratung über den Senatsantrag betr. Beteiligung des Staates an der zu erbauenden Eisenbahn Lübeck-Neustadt i. S.

Schenburg: Früher stand man diesem Projekt skeptisch gegenüber, weil man glaubte, unsern Ostseebad Travemünde würde daraus Konkurrenz entstehen. Dies hat sich jedoch geändert. Es wird sicher ein wirtschaftlicher Aufschwung daraus erwachsen. Heute ist bereits der 6. Teil des Aktienkapitals gezeichnet. Große Dividenden werden allerdings nicht herauskommen. Das Interesse Lübecks ist durch die Aktien-Zeichnungen bereits genügend fundiert. Die anderen Städte und Ortschaften haben ebenfalls beträchtliche Beträge gezeichnet. Auch die Lübeck-Büchener Bahn wird sich mit einer maßgebenden Summe beteiligen. Redner bittet um Zustimmung zum Senatsantrag.

Schorer: Trostheim wir erst prinzipielle Bedenken hatten, daß der Staat sich wieder an einem Privatunternehmen mit 500 000 Mk. beteiligen will, stimmen wir für den Antrag, weil wir darin den Ausbau und die Verbesserung unserer Verkehrsverhältnisse sehen. Wir wünschen aber, daß der Senat seinen Einfluß dahin geltend macht und dafür sorgt, daß das Unternehmen auch der werktätigen Bevölkerung zugute kommt. Die Unternehmer müssen den Arbeitern auch das bezahlen, was zwischen den beiderseitigen Organisationen tariflich abgemacht ist. Wenn diejenigen Unternehmer, die an der Bahnstrecke wohnen, am Bau beteiligt werden, dann wird auch der Kleinhandwerker und Handwerker Verdienst davon haben. Es darf nicht wieder beim Bahnbau der unwürdige Zustand eintreten, daß wie beim Theaterbau seinerzeit vorwiegend fremdländische Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden. Das Bürger-schaftsmitglied Stender erklärte seinerzeit, den Unternehmern seien keine Vorschriften darüber gemacht worden. Damals mag es der Fall gewesen sein, jetzt aber kann der Senat dafür eintreten, daß den Unternehmern solche Bedingungen gestellt werden. Es ist eine unwürdige Sache, daß Frauen mit Erbarbeiten beschäftigt werden; sie werden es nur deshalb, weil sie billiger sind. Wenn wir uns mit einer so großen Summe beteiligen, haben wir ein Interesse, daß die große Mehrzahl der Bevölkerung beim Bahnbau auch Vorteile hat. Der Senat wird hoffentlich unsere Wünsche berücksichtigen.

Thiele stimmt ebenfalls für die Vorlage, wenn auch gesagt werden müsse, daß Travemünde dadurch Einbuße erleide. Die Fahrt nach Travemünde ist viel zu teuer. Der kleine Mann mit Familie kann nicht zur Erholung nach Travemünde kommen, weil zu teuer ist.

Brosch bemängelt die Befestigung so vieler Schlagbäume und Signallichter an den Landwegen der Strecke Travemünde. Auch die Wärrerbuden sind notwendig. Die Gesellschaft ist zu sparlos.

Schorer erinnert daran, daß sich der Lübecker Staat an dem Projekt der Bahn Lübeck-Büchen beteiligt habe, und zwar für jene Zeit mit einer ganz bedeutenden Summe. Die Bahn habe sich in der ersten Zeit schlecht rentiert, und der Staat für seine Aktien wenig Zinsen erhalten. Nachdem die Bahn sich eingelebt, der Verkehr sich gehoben habe, verkaufte der Lübecker Staat seine Aktien, und wir haben das Nachsehen gehabt. Am Anfang wird sich auch das neue Projekt nicht rentieren, und wir werden weder Zinsen noch Dividenden bekommen. Im Laufe der Jahre wird sich die Bahn Schwartau-Neustadt wohl rentieren. Dann kommt schließlich der Senat wieder mit dem Antrag, die Aktien zu verkaufen und wir haben wieder das Nachsehen. Ich stelle an den Senat die Anfrage, ob er das Raubtier wieder machen will.

Professor Selermann macht auf die scharfe Meinung aufmerksam, die es verhindere, daß später ein Schnellverkehr nach Kopenhagen eingerichtet werden könne.

Schenburg: Genau ist das Projekt noch nicht bestimmt. Die starke Neigung muß mit in Kauf genommen werden, sonst würde das Unternehmen wesentlich verteuert.

Dr. Görz freut sich über die allgemeine Zustimmung zu dem Projekt und stellt die Frage an den Senat, wie es komme, daß das Eisenbahnkommissariat entscheiden soll; der Senat müsse doch darüber entscheiden, denn das Eisenbahnkommissariat sei doch keine Behörde.

Senator Fehling: Der Senat wird die Genehmigung aussprechen. Das Eisenbahnkommissariat ist eine vom Senat eingesetzte Kommission; die sich niemals in Gegensatz zum Senat stellen wird.

Dr. Görz wird eine entsprechende Abänderung stellen.

Aug. Pape: Es ist mir aufgefallen, daß beim Komitee nicht auch der Hamburger Senat mit zugezogen worden ist. Denn Hamburg hat ebenso großen Vorteil als Lübeck. Hamburg muß dazu herangezogen werden. Redner montiert dann noch die schlechten Anschlüsse, die die Lübeck-Büchener Bahn in Hamburg bietet; ebenso sind die Anschlüsse von Lauenburg und Büchen nicht verkehrsfreundlich. Wenn der Fahrplan mit der neuen Bahn festgelegt wird, muß der Senat ein maßvolles Auge für gute Anschlüsse haben.

Senator Bossehl: Der Senat hat an der Verbesserung der Fahrpläne in den letzten Jahren mitgewirkt und wird auch in den kommenden Jahren weiter daran Anteil nehmen.

Fust: Bei der Büchener Bahn lag die Sache anders. Kein Mensch konnte wissen, daß die Entwicklung so ging. Die Aktien sind damals preiswert verkauft worden.

Lauenstein steht ebenfalls in der neuen Bahn einen großen Vorteil, möchte aber auch den Bau der Bahn Segeberg-Lübeck verwickelt sehen.

Gesch berührt in finanzieller Hinsicht den guten Fortschritt des Viehtransportes von Danemark und unterliegt die Vorlage, die günstig auf den Viehtransport über die neue Linie wirkt. Schließlich müsse die Linie auf Danemark zu ausgebaut werden.

Der Wortführer unterbricht den Redner wiederholt und

erfücht ihn, zur Sache zu sprechen; er macht ihn auf die Konsequenzen einer dritten Aufforderung aufmerksam.

Der Senatsantrag wird mit der Abänderung von Dr. Börg einstimmig angenommen.

Zur Beratung kommt der Senatsantrag betr. Erlass eines zweiten Nachtrages zu der Verordnung vom 26. Januar 1904, betreffend die Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde.

Lauenstein: Herr Vorherr-Brodten hat mich gebeten, einen Abänderungsantrag einzubringen, dahingehend, Alevershof und die frühere Güneversdorfer Mühle von der Erhebung der Kurtaxe auszuschließen.

Senator Kabe widerspricht dem Antrage.

Coleman: Das Projekt der Eingemeindung Travemündes ist seit wenigen Jahren im Gange; es wäre auch wünschenswert, daß die Wegeverhältnisse in Travemünde geregelt würden, die nicht weniger als fünf Behörden unterstehen. Redner beipflichtet dann noch die besonderen Verhältnisse des Badeortes in bezug auf Vergütungen usw., die nicht unter einer einheitlichen Leitung stehen.

Meinke macht längere Ausführungen zu dem Antrag Lauenstein, ist aber nicht verständlich.

Lippert (zur Geschäftsordnung) bittet um etwas lauterer Sprechen, weil absolut nichts zu verstehen sei.

Dr. Wenda stellt ebenfalls einen Abänderungsantrag: In Travemünde sind Güneversdorf ist eine Kurtaxe zu erheben. (Damit fällt der Lauensteinsche Antrag.)

Buchwald: Aus der heutigen ausgedehnten Debatte ersehen Sie wieder, wie notwendig eine zweite Lesung ist.

Dr. Wenda: Wir haben es nicht mit einer Senatsabänderung zu tun, sondern mit einer falschen Auslegung des Gesetzes von Seiten des Herrn Koster; eine zweite Lesung hat also hiermit gar nichts zu tun.

Lippert pflichtet dieser Auffassung bei; Koster zieht seinen Antrag zurück.

Der Senatsantrag wird hierauf mit den beschlossenen Abänderungen angenommen.

Welm Senatsantrag betr. Gewährung einer Vergütung für die Wahrnehmung der Geschäfte des Vorsitzenden der Ersatzkommission erklärt der Vorsitzende, daß die Kommission Ablehnung des Antrages empfiehlt.

Senator Dr. Neumann ersucht um Annahme des Antrages.

Der Senatsantrag wird abgelehnt.

Gewährung fernerer Zinsfreiheit auf 10 Jahre an die israelitische Gemeinde für das ihr zum Synagogenbau gewährte Darlehen von 22000 Mark aus öffentlichen Mitteln.

Böger bittet um Versagung der Zustimmung. Wenn der Staat das Geld so lange herzugeben, ist es an der Zeit, daß dies endlich verzinst wird. Wir verlangen nicht, daß die israelitische Gemeinde die Kinder in eigener Schule unterrichtet. Will sie das, dann soll sie die Kosten selbst tragen. Wir stehen auf dem prinzipiellen Standpunkt, daß der Staat nicht dazu da ist, um Religionsgesellschaften zu unterstützen.

Senator Dr. Neumann: Die Verhältnisse der israelitischen Gemeinde haben sich nicht so gebessert, daß sie auf dieses Geld verzichten könnte. Die Lasten der Gemeinde sind gewachsen.

Hauptlehrer Kempell erklärt sich zustimmend zum Senatsantrage. Im Bericht der Oberschulbehörde sind mit Ausnahme der israelitischen Gemeinde alle Schulen vertreten. Warum nicht die israelitische Gemeinde?

Böger: Dann können wir das Geld der israelitischen Gemeinde auch schenken, wenn wir doch nichts davon haben.

Senator Dr. Neumann: Der Senat geht nicht so weit wie der Vorredner. In zehn Jahren können sich die Verhältnisse gebessert haben.

Mühlam: Die israelitische Schule als solche besteht nicht mehr, nur die Religionschule ist vorhanden.

Der Antrag wird genehmigt.

Ebenfalls angenommen wird der Senatsantrag betr. Ausdehnung der Tätigkeit der Schleswig-Holsteinischen Landschaft auf das Lübeckische Gebiet.

Es folgt die Beratung über den Senatsantrag betr. die Verwaltung der Straßenbahn.

Stellung: Der Senat hat entgegen früherer Gepflogenheit mit dieser Vorlage der Mehrheit der Bürgerchaftsmitglieder Rechnung getragen. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß der Senat mehr als bisher diesem Beispiele folgt. Wir sind mit der Vorlage einverstanden. Es wäre sicherlich zweckmäßig, wenn schon jetzt die große Straßenbahnvorlage gekommen wäre. Seit Jahresfrist ist die Bahn verstaatlicht, jedoch wissen wir bis heute noch nicht, wie gearbeitet werden soll. Den berechtigten Wünschen, die man in bezug auf die Erleichterung der Wochen- und Monatskarten gestellt, hätte man entsprechen sollen. Es wird endlich Zeit, daß der Senat eine Erklärung darüber abgibt, wann die große Straßenbahnvorlage zur Kenntnis der Bürgerchaft gelangt.

Senator Straß: Die Vorlage betr. Erweiterung des Straßenbahnnetzes wird den Bürgerchaftsmitgliedern bald zugestellt werden.

Es folgt die Beratung über den Senatsantrag betr. Beschaffung einer Klode für die Kapelle auf dem Borwerker Friedhof.

Meinke will wissen, von welcher Behörde die Anleihe genommen werden soll. Das Geld kann doch nicht aus der Staatskasse genommen werden; das ist Gemeindefache.

Senator Vermehren: Es ist dies nur ein Teil des Antrages, der sich mit der Erbauung der Friedhofskapelle befaßt.

Jenne: Wegen einer solchen kleinen Summe kann doch kein Anstoß genommen werden. Wenn die beiden Budgets des Staates zusammenfließen, kommt derartiges nicht mehr vor.

Senator Vermehren: Diese Gelder werden nach dem Gesetz bewilligt von der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Zum Senatsantrag betr. Änderungen der Bestimmungen über die Baugewerkschule macht

Heinrich auf die Widersprüche aufmerksam, die in den beiden Kommissionsberichten enthalten sind. Beide Kommissionen setzen sich aber darin einig, daß die fünfte Klasse eingerichtet werden müsse, wenn die Schule aufrechterhalten werden soll. Redner weist dann auf die enge Verbindung der Gewerkschule mit der Baugewerkschule hin; steht jedoch die Verpflichtung des Staates nicht ein, daß er eine so teure Schule aufrechterhält. Der Ausbau der bestmöglichen Handwerkerschule wird den jungen Leuten Gelegenheit geben, sich auszubilden. Wer eben die Meisterprüfung ablegen will, kann eifriges Selbststudium betreiben oder auch eine Baugewerkschule anderwärts besuchen.

Senator Vermehren: Als die Baugewerkschule gegründet wurde, wurde dies als höchbedeutendes Werk gepriesen. Die Gründe des Herrn Heinrich sind nicht überzeugend. Zur Ablegung der Meisterprüfung würden die

Kurse an der Handwerkerschule nicht ausreichen und die Leute müßten eine auswärtige Baugewerkschule besuchen. Die Beschaffung von besonderen Räumen ist durch Errichtung der fünften Klasse nicht notwendig. Auch eine Teilung der Direktorialgewalt zwischen Gewerkschule und Baugewerkschule ist nicht notwendig. Die Einheitlichkeit der Leitung kann stets bewahrt werden. Im Jahre 1910 werden Mehrkosten für die Schule nicht entstehen und auch in Zukunft werden diese nur gering sein.

Heinrich erklärt, daß die erste Kommission ebenso tüchtig gearbeitet habe wie die zweite. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die Kosten bei Fortführung der Schule hohe werden würden. Die Beschaffung, daß durch Aufhebung der Baugewerkschule die Zuverlässigkeit der Bauten leide, treffe nicht zu. Die Leute, die ein Examen ablegen wollen, können dies auch auswärts. Es seien hier viele tüchtige Meister, die keine Prüfung abgelegt haben. Die wirtschaftliche Bedeutung der Baugewerkschule sei lange nicht so groß, wie gesagt werde. Der Redner kritisiert des ferneren die Einzelheiten des zweiten Kommissionsberichts. Die Lasten für die Schule werden bedeutend wachsen. Abgesehen seien herzlich wenig Lübecker da, welche die Schule besuchen. Die Abgangsprüfungsstatistik zeuge doch davon. Die erste Kommission habe durchaus richtig gehandelt, als sie die Weiterführung der Schule ablehnte. Im Interesse unserer Finanzen ist Redner für Ablehnung der Senatsvorlage.

Heinrich Thiel erkennt die Schwierigkeit der Frage an und bedauert, daß die Gewerkschule nicht befragt worden sei. Der Standpunkt des Vorsitzenden der Gewerkschule, wie er heute zum Ausdruck kam, trifft aber trotzdem denjenigen der Mehrheit der Gewerkschulmitglieder. Recht ist der Wendepunkt. Wenn wir heute zustimmen, dann müssen wir alle weiteren Konsequenzen tragen; die Anforderungen an die Baugewerkschule werden wachsen, und die erste Kommission hat ganz richtig kalkuliert, als sie 50000 Mark Zuschüsse herausrechnete, die die Schule später benötigt. Wenn diese Summe wirklich den Lübeckern zugute kommt, könnte man für sie stimmen, aber die Verpflichtung, Auswärtigen zuzuleihen solche Summen auszuwerfen, ist nicht vorhanden. Die Lübecker, welche besondere Examen machen wollen, gehen nach auswärts, um einmal etwas anderes zu sehen. Redner will das Todesurteil über die Schule ausgesprochen wissen. Das Lehrpersonal wird sich von selbst nach andern Stellen umsehen. Ein Lehrer könnte dem Gewerkschuldirektor als Assistent beigegeben werden, denn die Arbeitslast des Direktors sei heute schon zu groß. Wir müssen in Lübeck nur das ansführen, was möglich ist, und deshalb ist die Ablehnung des Senatsantrages nötig. Die weiteren Ausgaben für die Gewerkschule werden für das Wohl des Lübecker Gemeinwesens angewandt.

Stender wäre zu demselben Resultat gekommen wie die Mitglieder der ersten Kommission, wenn die Voraussetzungen richtig wären; jedoch würde von den Baugewerkschulmeistern ein wesentlich anderer Bildungsgang gefordert als von den Handwerkschulmeistern. Der Baugewerkschulmeister, nicht der Techniker sei für den Bau verantwortlich. Würde die Handwerkerschule neben der Gewerkschule gegründet und ausgebaut, so würde sie ungeheuer teuer zu stehen kommen. Schließlich könne ja auch Preußen denselben Standpunkt einnehmen, den Lübeck heroverhebe und keine Lübecker annehmen. Im übrigen ist der Redner für Annahme des Senatsantrages.

Lau nimmt die zweite Kommission in Schutz. Auch er ist der Ansicht, daß eine Handwerkerschule sehr teuer zu stehen komme. In Preußen sind viel Oberlehrer an den Baugewerkschulen angestellt, die wir schließlich auch anstellen müssen. Redner bittet um Ablehnung des Antrages.

Feeling: Die Kommissionen kamen auf Grund verschiedenen Materials zu verschiedenen Ansichten. Die Erklärungen des Senatskommissars sind tatsächlicher Natur, und wir haben kein Recht, diese in Zweifel zu ziehen. Die Handwerkerschule kann nie das leisten, was von einem Baugewerkschulmeister verlangt wird. Im Privatunterricht kann sich niemand die nötigen Kenntnisse zur Prüfung aneignen. Entweder sagen Sie, der Baugewerkschulmeister braucht keinen Meistertitel, oder Sie sagen, er solle diesen auswärts holen. Das letztere ist ganz falsch. Die Solidität im Bauen würde gefährdet, wenn Sie die Möglichkeit nehmen, tüchtige Kräfte heranzubilden. Die neuen Ausgaben bringen aber auch neue Einnahmen. Wir werden erheblich weniger Zuschuß brauchen, weil durch Anhängung der fünften Klasse sicher 100 neue Schüler zukommen werden. Als die Schule gegründet wurde, ist darauf hingewiesen worden, daß ein größerer Zuschuß mit der Zeit nötig sei, und jetzt wollen Sie dieses alles nicht gesagt haben. Wenn Sie die Vorlage ablehnen, haben Sie die Schule noch lange nicht beseitigt; die Schüler werden weglaufen und die Kosten bis zur völligen Abwicklung größer werden. Redner ist für Annahme des Senatsantrages.

Heinrich Thiel (zur Geschäftsordnung) beantragt Vertagung.

Buchwald widerspricht dem, ebenfalls Dr. Wenda und Coleman.

Coleman: Ein neues Schulhaus und eine neue Oberleitung sind nicht nötig. Die finanzielle Seite ist ebenfalls klar gestellt. Die Stadt hat durch die Schule einen großen wirtschaftlichen Vorteil; denn die Schüler gehören dem wohlhabenden Mittelstand an, und der Betrag, den die Schüler ausgeben, ist höher als angegeben wird; er kommt vielen Familien zugute, die die Schüler in Pension haben; auch die Gewerbetreibenden haben Vorteil von den Schülern. Die meisten Schüler sind aus der engeren Umgebung Lübecks, aus Schleswig-Holstein usw.; sie werden geschäftliche Verbindungen anknüpfen. Redner glaubt auch nicht, daß die Lehrer bei Auflösung der Schule sich andere Stellen bei Baugewerkschulen suchen werden, sie werden in Gegenden sich das Gehalt weiter zahlen lassen; wir würden uns schlechter stellen, wenn die Schule abgeschafft würde.

Rosenquist: Die Gewerkschule ist nicht von vornherein gegen die Senatsvorlage. Die Handwerker haben ein Interesse daran, daß die Schule erhalten wird. Der Handwerkerstand braucht Wissen, das ihm die Schule bietet.

Pastor Gers bekennt sich als Befürworter des Senatsantrages und als Schreiber des ersten Kommissionsberichts; er sei nicht unterrichtet gewesen, als er in die Kommission gewählt wurde. Durch das Schreiben des ablehnenden Berichtes sei er zum Befürworter des Senats-Antrages geworden. Der Neubau der Gewerkschule werde die Baugewerkschule nicht verteuern, sondern verbilligen. Für die Baugewerkschule spricht die blühende Entwicklung der Schule. Es ist noch nicht entschieden, ob vielleicht gerade eine Verbilligung der Schule eintritt, statt dem befristeten großen Zuschuß. Es wäre ein Unrecht, wenn die Schule aufgehoben würde. Die treue Arbeit, die die Lehrer geleistet, darf nicht mit der Aufhebung belohnt werden, sie würden mit Erbitterung die Stadt verlassen.

Schorer: Es ist mir schwer geworden, eine bestimmte Ansicht in dieser Frage zu bilden. Ich glaube, daß Für- und Widerredner übertrieben haben. Die Baugewerkschule kostet noch viel mehr. Die jungen Leute, die studieren, müssen doch auch nach auswärts. Jetzt ist noch Zeit, die Schule aufzuheben. Als Gründer der Schule fällt es mir schwer, dagegen sprechen zu müssen, aber die finanziellen Verhältnisse reden für die Aufhebung. Der Lübecker Staat

kann sich den Luxus einer Baugewerkschule nicht weiter erlauben.

Senator Dr. Vermehren teilt die Befürchtungen des Vorredners nicht. In Preußen müssen die Städte das Schulgebäude stellen und Zuschüsse von 10-20000 Mark leisten; das tun sie doch nur, weil sie durch die Baugewerkschulen einen wirtschaftlichen Nutzen haben. Redner hofft, daß die Bürgerchaft der Schule den Todesstoß nicht verleiht.

Heinrich weist den Glauben, er sei ein Feind des Gewerbestandes, zurück. In Deutschland ist man sich noch nicht einmal einig, wer den Titel Baummeister und Baugewerkschulmeister führen darf. Ich habe doch nur von Handwerkschulmeistern gesprochen. Es gibt tüchtige Meister, die an der Baugewerkschule eine Prüfung nicht abgelegt haben. Die Gewerkschule bietet den Lehrlingen doch gewiß gutes Ein tüchtiger Maurer oder Zimmerer schafft nicht für den niedrigen Technikerlohn, der geboten wird.

v. Schaack: Die Bürgerchaft ist selten in einer solchen misslichen Lage gewesen; aus den ganzen Debatten geht hervor, daß wir uns gewissermaßen schämen, etwas aufgeben zu müssen, das wir haben, aber wir müssen als kleiner Staat uns nicht einbilden, daß wir alles haben müssen. Die Gelegenheit zum Sparen findet sich selten; woher wollen wir für die weiteren Ausgaben denn immer Geld hernehmen? Wollen Sie denn Ihre Mitbürger immer durch neue Steuern belasten? Aus allen vorgebrachten Gründen ist die Senatsvorlage abzulehnen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

In der Spezialberatung erklärt

Feeling: Wenn der Antrag gekommen ist, die Schule aufzuheben, so kam er nur, weil befürchtet wurde, die Kosten würden zu hoch werden. Der Beweis ist aber nicht erbracht worden. Für die nächsten vier Jahre werden die Zuschüsse trotz der Aufhebung erheblich größer werden. Redner beantragt nochmals Kommissionsberatung, die sich speziell mit der finanziellen Frage befassen soll.

Stender glaubt, daß durch einen Aufhebungsbeschluß die Schule noch nicht beseitigt sei; die Kostenfrage werde dann noch größer.

Heinrich hält nochmalige Kommissionsberatung nicht für nötig. Es wird garnicht damit gerechnet, daß in Preußen das Schulgeld 40 Mt. weniger beträgt; das hält viele Schüler von hier ab. Die Lehrgelöhner werden auch erhöht werden müssen und die Kosten dadurch größere. Wir bilden für Preußen die Baugewerkschüler aus, und daher das Lob von jener Seite über unsere Schule.

Dr. Wilbert ist für Kommissionsberatung. Die jetzigen Berechnungen verlieren ihren Wert mit der Einführung des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes. Die Oberlehrer der Baugewerkschule beantragen Gleichstellung mit den Oberlehrern der andern Schule, was nur berechtigt ist.

Senator Dr. Vermehren: Für die Berechnung habe ich schon die neue Gehaltskala in Erwägung gezogen. In Preußen beträgt das Schulgeld auch bereits 100 Mt. und wird noch höher werden, sodaß eine Abwanderung der Schüler nicht eintritt.

Schorer: Es bleibt uns nichts anderes übrig, als Kommissionsberatung anzunehmen, weil wir eine zweite Lesung nicht haben.

Schließlich wird mit großer Mehrheit Kommissionsberatung beschlossen.

Schluß 11 Uhr 20 Minuten.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerbegerichtswahl in Breslau. Lediglich um den Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaften auf die gewerbliche Rechtsprechung zurückzuführen, ist auch in Breslau die Verhältniswahl eingeführt worden. Der verfallene Zweck ist elend gescheitert, denn bei der nun zum ersten Male unter den neuen Bedingungen stattgefundenen Wahl fielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 7818 Stimmen, während das christliche Kartell nur 810 und die Hirsch-Dunderschen Gewerkvereiner gar nur 508 Stimmen aufbrachten. Demnach erhalten die freien Gewerkschaften 45 der Christlichen 4 und die Hirsche 2 Beisitzer. Sind unter der Verhältniswahl den freien Gewerkschaften ganze 6 Beisitzer abgenommen worden, so ziehen an diese Stelle nun zum ersten Male 13 sozialdemokratische Arbeiter beim Gewerbegericht ein, während bisher die Zünftler allein die Arbeitgeber beistellten.

Die Lohnbewegung der Buchbinder und Kartonnagearbeiter in Plauen i. V. Der Kampf wird den Streikenden dadurch sehr erschwert, indem auf Grund der Plauener Straßen- und Städte-Ordnung das Streikpostenstreben verboten wird. Die Fabrikanten versuchen durch motorische Streikbrecherkolonnen die Einmütigkeit der Streikenden zu brechen. Die Streikbrecher, die in zwei Transporten von Hamburg und Berlin in Begleitung von Agenten nach Plauen wie das liebe Vieh transportiert wurden, sind Elemente, vor denen selbst die Plauener Bürgerchaft Grauen empfindet. Die Einwohnerchaft begleitet die Arbeitswilligenkolonnen von der Arbeitsstätte bis zum Quartier. Und die Voigtländer sparen mit Rosenamen für die ausertlesene Gesellschaft nicht.

Textilarbeiter = Streik. Nach Mitteilung bürgerlicher Blätter ist in der Baumwollspinnerei von Eilenberg in Gronau ein großer Streik ausgebrochen. Sämtliche Gronauer Textilwerke mit 800000 Spindeln und 4000 Webstühlen haben beschloffen, zwei Tage in der Woche zu feiern, falls bis zum 4. März die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird.

Die Steinseher und Hammer in Hannover sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Dieselben fordern Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung. Bei einer Firma wurde die Arbeit eingestellt mit dem Erfolge, daß dieselbe nach eintägigem Streik die Forderungen zum Teil bewilligte. Zugug ist fernzuhalten.

Streik der Töpferi- und Hirscharbeiter in Meissen. In Meissen sind circa 1500 Hirscharbeiter der Ofenfabriken in den Streik getreten, nachdem alle Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren. Die Töpfer dagegen haben mit den Ofenfabrikanten einen Vertrag abgeschlossen.

Lohnverhandlungen im Schneidergewerbe. Am 23. und 24. Februar waren die Vertreter des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe und die Vertreter des freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeiterverbandes in Frankfurt a. M. versammelt um die örtlichen Lohnstreitigkeiten zu schlichten. Vor dieser Zusammenkunft waren bereits erledigt: Augsburg, Rottweil, Deggau, Frankfurt a. O., Pirmasens, Potsdam, Rudolfsberg, Salzweil, Wiesbaden (Damen Schneider) und Zerbst. Die Verhandlungen in Frankfurt a. M. haben ein vollständig befriedigendes Resultat ergeben. Dort wurden die Lohnverhältnisse in folgenden Orten geregelt, bezw. die Differenzen ausgeglichen: Wolde, Arnstadt, Bielefeld, Bonn, Brannenburg, Breslau, Krefeld, Dortmund, Erlangen, Hildesheim, Gera, Gießen, Gotha, Halberstadt, Hanau, Karlsruhe, Kempen i. N., Landau i. Pf., Limbach, Mainz (Damen Schneider), Nürnberg, Oldenburg i. Großherzogtum, Plauen i. V., Röhndorf i. Th., Rothenow, Straubing, Witten und Zwickau. Der Gang der Verhandlungen bei Differenzen ist folgender: Gemittelt

gundacht drücklich beraten; wenn bei diesen drücklichen Verhandlungen keine Differenzpunkte verbleiben, so ist die Sache erledigt. Sofern sich die Parteien am Ort nicht einig werden können, treten die Hauptvorstände zusammen und suchen die bestehenden Differenzen zu schlichten. Zu diesen Verhandlungen kommen außer den Hauptvorstandsmitgliedern noch zwei Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus dem betreffenden Ort. Wenn die Differenzen zu groß sind, als daß sie ohne weiteres von den Hauptvorständen geschlichtet werden können, müssen die drücklichen Vertreter wieder weiter in Verhandlungen treten; dies veranlassen die Hauptvorstände. Wenn dann noch Differenzen verbleiben, wird der letzte Rest durch die Hauptvorstandsmitglieder geschlichtet. — Auf dieser Grundlage ist die Einigung zustande gekommen. — Es darf nicht früher in Streit oder Auslieferung eingetreten werden, bevor dieser Instanzenweg nicht vollständig durchgegangen ist. Außer in den vorgenannten Orten schweben noch Differenzen in ca. 50 kleineren Orten, in denen der Arbeitgeberverband jedoch nicht in Frage kommt.

Gewerkschaftliche Unterrichtskurse. Am Sonnabend wurde der zweite, von der Generalkommission der Gewerkschaften für das Jahr 1909/10 eingerichtete Unterrichtskursus geschlossen. Jeder Kursus währt 6 Wochen. Der erste Kursus fand in der Zeit vom 25. Oktober bis 4. Dezember 1909 statt, der zweite Kursus vom 17. Januar bis 20. Febr., und der dritte Kursus wird am 30. März beginnen. Die Meldungen zur Teilnahme an den Kursen sind stets so zahlreich, daß im Interesse eines eingehenden Unterrichtes oft nicht alle Meldungen berücksichtigt werden können. Der erste Kursus zählte 71 Teilnehmer, der zweiten beendete 65. Es werden Vorlesungen gehalten über: Geschichte und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbewegung, gewerkschaftliche Organisationen in Deutschland, Gewerkschaftsbewegung des Auslandes, Versicherungsrecht, Strafrecht, Arbeiterschutz, gewerblichen Arbeitsvertrag, Nationalökonomie, Kartelle und Arbeitgeber-Vereinigungen, Einführung in die Statistik, Bankwesen und Geldverkehr, Gewerbehygiene und über gewerkschaftliche Literatur. Der Unterricht für diese sämtlichen Fächer umfaßt rund 200 Stunden. Zum ersten Male hatte die Generalkommission Ende vorigen Jahres einen Unterrichtskursus für Arbeitersekretäre eingerichtet. Während in den Kursen für Gewerkschaftsangehörige Vorlesungen über Wirtschaftslehre bevorzugt werden müssen, beschränkte sich der Kursus für die Arbeitersekretäre auf die Rechtslehre. Es wurden über Arbeiterversicherung, Staatsbürgerrecht, Bürgerliches Recht, Strafrecht und Strafprozeß, Zivilrecht und das Verfahren vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, gewerbliches Recht und über Arbeiterrecht Vorlesungen gehalten. Der Unterricht wurde hier hauptsächlich von Juristen erteilt. Dieser Kursus dauerte nur vier Wochen und umfaßte 136 Stunden; er war von 26 Teilnehmern besucht. Am Schluß jedes Kursus findet in Gegenwart der Vortragenden eine Aussprache mit den Schülern statt, in denen stets zum Ausdruck kommt, daß die Schüler durch den Unterricht ihr Wissen wesentlich bereichert haben, daß sie nun im Interesse der Arbeiterbewegung und ihrer Organisation nützlich verwenden wollen. Auch werden Wünsche der Kursteilnehmer auf etwaige Änderungen des Unterrichtsplanes gern entgegengenommen, die dann der Generalkommission zur Berücksichtigung überwiesen werden. Oft wiederkehrend ist dabei der Wunsch, die Kurse zu verlängern, um die einzelnen Unterrichtsgegenstände noch ausführlicher behandeln zu können. Das damit befundene rege Interesse an der eigenen Fortbildung der Gewerkschaftsangehörigen zeigt, welche wertvolle und nützliche Einrichtung die Generalkommission mit dieser Institution schuf.

Der Streik der Maschinenarbeiterinnen in Remork. Über den wiederholt berichtet worden ist, hat in organisatorischer Hinsicht einen glänzenden Erfolg gezeitigt. Die Gewerkschaft der Arbeiterinnen, die bei Beginn des Streiks äußerst schwach war, zählt jetzt 21 000 Mitglieder. Der Wochenbeitrag ist auf 15 Cent (62 Pf.) festgesetzt. Der errungene Sieg stärkt natürlich die Gewerkschaft sehr, denn in 319 Fabriken dürfen nur Mitglieder der Gewerkschaft beschäftigt werden. Etwa 800 Mädchen hat die Gewerkschaft noch zu unterstützen, denn in 12 Fabriken bestehen noch Differenzen. Jetzt drängen sich die Arbeiterinnen danach, Mitglieder der Gewerkschaft zu werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein drakonisches Kriegsgerichtsurteil. Das Kriegsgericht der 14. Division in Hohenalza verurteilte den Musterier Schwente vom hiesigen Infanterieregiment wegen Schlägerei unter „alten Leuten“ in Verbindung mit einem „Wachtzettel“ und einer Schlägerei mit dem Nachwächter zu 8 Jahren Gefängnis und Ausstoßung aus dem Heere.

Verurteilung Soldatenshänder. Der Bootsmannsmaat L. vom Linienschiff „Schlesien“, der seine Rekruten in 51 Fällen mißhandelt hatte, war vom Kriegsgericht nur zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf die Berufung des Gerichtsherrn wurde auch die Degradation ausgesprochen und der Verurteilte im Interesse der Disziplin sofort in Haft genommen.

Der Ochsenzieher im Polizeibureau. Einen interessanten Einblick in das Milieu eines königlich preussischen Polizeibureaus zeigte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Landeshut. Dort sollte sich ein zwölfjähriges Schulmädchen verantworten, weil es einer Witwe einen Geldbetrag entwendet haben sollte. In der Voruntersuchung hatte das Mädchen jede Schuld geleugnet, hatte aber dann auf dem Polizeibureau zu Protokoll gegeben, daß es den Diebstahl begangen habe. In der jetzigen Verhandlung bestritt das Kind entschieden, das Geld entwendet zu haben. Als ihm der Richter vorhielt, daß es doch auf der Polizei den Diebstahl bekannt habe, erklärte es, daß es dort durch Ohrfeigen und Schläge mit einer Peitsche dazu gezwungen worden sei. Aus Furcht vor weiteren Schlägen habe es nach dem Willen der Polizei ausgesagt. Auf Befragen des Richters erklärte der Polizeiaffistent Young, der das Verhör geleitet hatte, von Mißhandlungen nichts zu wissen, auch sei auf dem Bureau keine Peitsche vorhanden. Das erklärte der Zeuge unter seinem Eide! Ein anderer an dem Vorfall beteiligter Beamter, Polizeinspektor Engler, konnte sich nichts

mehr entsinnen. Das Gericht sprach das Mädchen frei, da es ganz sicher zum mindesten auf der Polizei bedroht und hart angefahren worden sei und daher nur aus Furcht jene falsche Aussage gemacht habe. Nachdem der Fall erledigt und sogar schon einige weitere Prozesse vorüber waren, erschien der Polizeiaffistent Young vor dem Richter mit der Erklärung, er wolle zu seiner Vorhin abgegebenen eidlichen Aussage einen Zusatz machen. Hierauf erklärte Young wörtlich: „Ich habe mir die Sache noch einmal überlegt und glaube doch, daß das Kind geschlagen worden ist. Ich muß ferner zugeben, daß wir auf dem Polizeibureau keine Peitsche, wohl aber einen Ochsenzieher haben.“ Demnach ist also dem Kinde das „Geständnis“ mit dem Ochsenzieher erpreßt worden! Niemand war auf dem Polizeibureau anwesend, als die beiden Zeugen, die erst unter ihrem Eide das Gegenteil ausgesagt hatten. — In wieviel Fällen mag in ähnlicher Weise ein unwahres Geständnis erpreßt werden! Es genügt nicht, daß die Polizeibeamten nimmer angeklagt werden. Dringend erforderlich sind gezielte Schutzmaßnahmen gegen die Möglichkeit solcher Verbrechen. Können man nicht jedes Polizeibureau mit Phonographen ausstatten?

Ein Schenke. Vor der Strafkammer in Neukrupin hatte sich der 16 Jahre alte Wirtlerlehrling Walter Böhlting aus Dallmin wegen Luftmordes zu verantworten. Er halte am 20. November v. J. die sieben Jahre alte Tochter des Obergärtners Post erwordet. Böhlting wurde wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und verübten Mordes zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Im Görlitzer Stadthaltenprozeß erklärte gegen Schluß der gestrigen Verhandlung der Staatsanwalt, daß er die Anklage gegen den Kaufahrer Raumann nicht mehr aufrecht erhalten könne.

Aus Nah und Fern.

Posten in Danzig. Ein Fährich der Kriegsschule, der vor kurzem privatim in Marienburg weilte, wurde verdächtig in das Danziger Garnisonlazarett eingeliefert. Der Bodekverdaht wurde heute bestätigt. Es sind umfangreiche Vorichtsmaßnahmen getroffen.

Ein Zusammenbruch. Anfang Februar erhängte sich der Bankier Heimpel in Yindau i. V., einer der angesehensten Bürger der Stadt. Heimpel war eifriger liberaler Parteigänger und zweiter Vorstand des Gemeindefolkgeniums. Er bekleidete auch sonst noch eine Reihe von Ehrenstellen. Wie sich nun herausstellte, stand Heimpel vor dem Zusammenbruch, nachdem er sämtliche Einlagen und Depots verpfändet hatte. Infolgedessen ist eine große Anzahl Gläubiger ganz empfindlich geschädigt. So verliert ein Hotelbesitzer allein 100 000 Mk. Mehrere Geschäftsleute stehen vor dem Bankrott.

Aus einer staatlichen Musteranstalt. Dem „Beckruf“ der Eisenbahner wurde folgendes Schriftstück zugestellt: „Aut Offerte im „Breslauer Generalanzeiger“ suchen Sie einen Bureaubeamten und ich erlaube mir, mich hochgeniest darum zu bewerben.“

Seit circa 10 Jahren im Staatsbahnverkehr als Bahnagent beschäftigt, in ungekündigter Stellung, will ich mich verändern, weil ich täglich 21 Stunden Dienst habe, welches ich auf die Dauer nicht aushalten kann. Wenn ich den Dienst nicht allein verrichten will, soll ich mir Vertretung von meinem Gehalt besorgen, was ich bei dem geringen Gehalt nicht tun kann.

Bin in schriftlichen Arbeiten wie Buchführung erfahren, da ich seit 10 Jahren eine Haltestelle verwalte.

Zeugnisabschriften kann ich nicht beifügen, doch dürfte dies, daß ich zehn Jahre an der Bahn bin, das beste Zeugnis sein, da diese Verwaltung nur unbescholtene Leute beschäftigt. Betreffs der Gehaltsansprüche könnte ja bei etwaiger Genehmigung mündliche Rücksprache erfolgen. Bin 48 Jahre alt, reflektiere jedoch nur auf Lebensstellung.“

Also einundzwanzig Stunden täglichen Dienst macht dieser Staatsbeamte. Das charakterisiert die erbärmlichen Dienstverhältnisse der Bahnproletarier zur Genüge.

Große Diebstähle wurden in Hönningen (Rheinprovinz) in der Nacht zum Sonntag verübt. Es sind für mehrere hunderttausend Mark Gold- und Silberwaren gestohlen worden.

Ein Raubakt. Aus Düsseldorf wird der „Kölnischen Zeitung“ über einen von uns kurz erwähnten Vorfall des näheren berichtet: Sonnabend abend hat der Wirt Heinrich Bogel den Polizeiergenten Wurster in dessen Wohnung erschossen. Der Polizeibeamte hatte im letzten Sommer gegen den Wirt Anzeige machen müssen. Bogel, ein rabiatrer Mann, hatte nachts auf der Straße die vor seiner Wirtschaft diensttuenden Polizeibeamten beschimpft, sie des Diebstahls von 700 Mk. beschuldigt, die er aber später noch in seinem Besitz vorfand, und heftigen Widerstand bei seiner Verhaftung geleistet. Er wurde zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt; die Revision gegen dieses Urteil war vor einigen Tagen verworfen worden. Der Wirt erschien nun Sonnabend abend in der Wohnung des Polizeiergenten Wurster und tötete ihn durch einen Revolvererschuss. Bogel schoß auf der Straße, als ein Polizeibeamter ihn verfolgte, auch zweimal auf diesen; diese Schüsse gingen aber fehl, und Bogel entkam. Auf seiner Flucht betrat er das Telefonhäuschen am Schadowplatz und benachrichtigte seine Frau, sie möge die Sachen holen, die er in dem Häuschen niederlege. Darunter befand sich ein Geldbetrag von mehreren hundert Mark. Sonnabend abend war von dem Flüchtigen keine Spur mehr zu finden. Sonntag morgen wurde seine Leiche auf dem alten Friedhof an der Kaiserwerther Straße entdeckt. Bogel hatte zuerst versucht, sich zu erhängen; dabei war aber der Strick gerissen. Dann hatte er sich eine Kugel in die Stirn geschagt.

Hochwasser. Das gesamte Rheingebiet ist jetzt zum dritten Mal in diesem Winter von Hochwasser heimgesucht. Die unteren Stadteile von Köln, sowie mehrere tiefer ge-

legene Dörfer oberhalb sind erneut überflutet. An der Kölner Schiffbrücke liegt ein fiskalischer Dampfer zur ersten Hilfeleistung andauernd bereit. In den niederrheinischen Häfen wurden auf den Lagerplätzen die Arbeiten eingestellt. Der Kohlenversand, sowie der Schleppeverkehr flussaufwärts stocken. Bei Oberwinter wurde das dreifährige Schändchen eines Schiffers von den hochgehenden Fluten verschlungen. — Aus Trier wird berichtet: Infolge der heftigen anhaltenden Regengüsse erfolgten auf der Eisenbahn zwischen den Stationen Speicher und Cordel-Dausenbach zwei bedeutende Dammrutschs, wodurch der Verkehr vollständig geherrs wurde. Auch auf der Strecke Dillingen-Saar-Malbach erfolgte ein Dammrutsch; der Verkehr kann dort nur durch Umwegen aufrecht erhalten werden. Das Mosel-Hochwasser ist seit Sonnabend rapid gestiegen. Der Pegelstand beträgt 540 Zentimeter, was nahezu den höchsten Stand seit 18 Jahren bedeutet. Im Stadtteil Sankt Barbara sind 30 Häuser überflutet; in den Straßen vermitteln Naben den Verkehr. Auch aus Frankreich und Belgien werden neue Hochwasserfälle gemeldet. Die Rheinle steht infolge der letzten andauernden Regengüsse ebenfalls bedrohliches Hochwasser.

Die Genickstarre in Leipzig in der Kasernen des 10. Infanterieregiments hat weitere Dimensionen nicht angenommen. Es ist nur ein Fall von Genickstarre an einem Soldaten zu konstatieren gewesen. Dieser eine Fall hat sich als leicht herausgestellt.

Vergiftungsfälle in Frankreich. Infolge Genusses von verdorbenen Gemüsen erkrankten in der Infanteriekaserne von Epinal über achtzig Soldaten unter schweren Vergiftungserscheinungen. Die ärztliche Behandlung hatte bisher ein nur wenig befriedigendes Ergebnis. Man befürchtet eine Anzahl von Todesfällen.

Unterschliffe im Touloner Arsenal. Aus Toulon wird berichtet, daß der mit der Untersuchung der im Arsenal verübten Unregelmäßigkeiten beauftragte Polizeibeamte Sebille einer regelrechten Vesteckung-Agentur auf die Spur gekommen ist. Der Leiter der Agentur sei ein Touloner Kommissionär, der den Vermittler zwischen den Lieferanten und den würdlichen Marinebeamten spielte. Es wurde ein Brief gefunden, in dem ein noch nicht genannter Marinekommissionär seine Dienste anbietet. Infolgedessen wurde bei diesem eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die so erfolgreich verlief, daß eine sehr große Anzahl von Briefen zum Teil sehr kompromittierenden Inhalts gefunden wurde; die Korrespondenz stammt aus dem Jahre 1907. In einem Schreiben heißt es u. a.: „Mein Freund ist mit Ihren Provisionen keineswegs zufrieden. Er reserviert Ihnen fast alle Aufträge. Eine andere Firma hat ihm 15 Prozent gewährt. Ich fühle, daß mir dieser Mittelsmann durch die Finger gleitet, wenn ich ihn nicht besser engagieren kann.“

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Havermannschen Menagerie in Toulon. Dort wurde der Gehilfe Karl Keller, ein Deutscher, beim Reiten eines Kästigs vom Leoparden an der Schulter gefaßt. Dem Gehilfen wurde der linke Arm abgebissen. Sein Zustand ist wegen des großen Blutverlustes hoffnungslos.

Gewaltiger Speicherbrand in Bombay. Aus Bombay wird telegraphisch gemeldet: Eine Feuerbrunst hat Montag früh zahlreiche Korn- und Ölspeicher vernichtet. Der Schaden wird auf 2 bis 2½ Millionen Mark geschätzt.

Diebstähle in Kopenhagen. Gestern wurde im Kaffee die Patatillonskaffe mit 12 000 Kronen gestohlen, die für Löhnung bestimmt waren. Die Polizei soll dem Diebe auf der Spur sein.

Sechsfacher Mord in Finnland. Aus Helsingfors wird gemeldet: In Björko hat ein Bauernecht eine Familie, bestehend aus sechs Personen, ermordet und ist dann geflüchtet.

Eine unbekannte Epidemie. Wie aus Konstantinopel berichtet wird, ist bei Jalowam am Marmarameer eine unbekannte Krankheit ausgebrochen, die bisher dreihundert Todesfälle verursacht haben soll.

Lavinen-Katastrophe. Nach einer Depesche aus Walla-Walla im Staate Washington sind bei einem Laminenturz bei Wallace (Idaho) 12 Personen als Leichen und 25 lebend geborgen worden. Man befürchtet, daß noch etwa 100 Tote unter den Schnee- und Schuttmassen begraben sind. Nach neueren Meldungen ist durch das Laminentunglück die Ortschaft Wallace bei Wallace (Idaho) zerstört worden, in der etwa 300 Vergleute wohnten. Die Rettungsarbeiten werden durch einen heftigen Schneesturm erschwert. Auch in Burke (Idaho) ereignete sich ein Laminenturz. Das Unglück in Mace warnte die Bewohner, sodas die meisten vorher die Häuser räumen konnten. Mäßige Schätzungen nehmen die Verlustziffern an beiden Orten mit 50 bis 60 Personen an.

Ein amerikanischer Riesen-Schwindel. Aus Newyork wird gemeldet: Hier wurde ein Riesen-Schwindel aufgedeckt. Eine neue Newyork-Verdeau-Dampferlinie kündigte billige Fahrten an und verkaufte tausende von Fahrkarten im ganzen Lande. Die Linie existierte jedoch überhaupt nicht. Alle Beteiligten sind nach Europa geflohen; die Bureaus wurden geschlossen.

Aus den Witzblättern.

Selbstverschuldetes Unglück. Jochen: „Krischan, wo hen?“ — Krischan: „Nah Schaul!“ (nach der Schule). — Jochen: „Is so gor keen Schaul!“ — Krischan: „Gotts dünner, hew ick mi wedder umfuss wufchen!“ (umsonst gewaschen.)

Unangehomer Preisnachlaß. Kadett (auf einem Wohlthatigkeitsfest): „Hier, schöne Frau, sind zwanzig Mark für einen Kuh!“ — Dame: „Schön. Da bekommen Sie aber zehn Mark zurück, denn — Kinder zahlen die Hälfte!“

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schmarh. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bessere junge Frau sucht Beschäftigung für Sonntags, event. auch abends. Angeb. unter S. U. an die Exp. d. Bl.

Sehr gut erhalt. Kinderwagen mit Gummireifen zu verkaufen. Engelsgrube 72, I. St.

Ein guterhaltener Küchenschrank billig zu verkaufen. Beverdestr. 34, Laden.

Schwarzer Kragen, Konfirm.-Jack, blaues Kleid und schwarzer Mantel, alles gut erhalten, zu verkaufen. Datenstr. 86.

Sofa mit 4 Stühlen gut erhalten, billig zu verkaufen. Heinrichstraße 20, I.

2 Seegras-Matrasen, Kleid u. Bluse, passend für 13jähr. Mädchen, billig zu verkaufen. Gloginstraße 35, II.

Ein Kinderwagen mit Gummireifen billig zu verkaufen. Süchtlingstraße 30, II.

Eine guterhaltene Sportkarre mit Gummireifen. Mittelstraße 16a. Unterhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen. Will, Hüßstr. 31, 2. St.

Mehrere Fuder fetten Dung zu verkaufen. Joh. Kloth, Mariental.

Zu verkaufen 1 Sofa u. 4 Stühle, 25 Mark, sowie eine guterhaltene Kinderbettstelle. Travenmannstr. 31, I. St.

Eine fast neue Wassertonne mit Deckel billig zu verkaufen. Hüßstraße 84, I., Hüßgel.

4 Kaninchen mit Stallung sofort zu verkaufen. Kottwitzstraße 65, II.

Für Damenhaar zahle höchste Preise. Ed. Rieck, Fadenburg, Allee 46c.

2000 Mark zum 1. April sicher zu belegen. Off. u. W F 12 an die Exped.

Ein Perlhuhn abhanden gekommen. Abzugeben Kottwitzstraße 25.

Gefunden eine Herrenschränke der Fackenburg. Allee. Abzuholen Ernststraße 11. Sämtl. Damen- u. Kindergarben werden sauber und guttiefen angefertigt. Wedderstraße 17-19, I.